

lohn, soweit er 66 Pfennig nicht übersteigt, um 1 Pfennig, bis 88 Pfennig um 2 Pfennig, bis 111 Pfennig um 3 Pfennig und darüber hinaus um 4 Pfennig geführt wird. Außerdem entfällt der Kinderzuschlag für ein Kinderzuschlagsfähiges Kind.
Das Gleiche soll in öffentlichen Unternehmungen und Kommunalbetrieben erfolgen.
Auch die Lohnsteuererückhaltung fällt in Zukunft fort.

Der „Dant des Vaterlandes“!

Die Renten der Kriegsgeschädigten werden gekürzt, für ihre Selbsthaltung müssen sie künftig ebenfalls den Kräfteleistungen zahlen. Die Ortsgelöhne werden vermindert, die Ruhevorschriften verhärtet, die Rinderzulage für Weidewirtschaftliche Betriebe gekürzt. Auch die Leistungen der Pensionsstellen der Knappschaften werden vermindert.

Petroleum teurer, Brot schlechter

Durch Zollerhöhung wird das Petroleum um 7 Pfennig pro Liter teurer. Die Zölle werden verdoppelt. Das Brot darf einen Zusatz von Kartoffelstärke bis zu zehn Prozent ohne besondere Kennzeichnung erhalten und wird damit wesentlich verschlechtert.

40-Stunden-Woche als Lohnraubaktion

Die 40-Stunden-Woche wird ohne Lohnausgleich in allen öffentlichen Betrieben eingeführt. Grund hierfür sind die die private Wirtschaft geordnet. Die Einführung der 40-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich bedeutet einen generellen Raub der Löhne und Gehälter. Die Arbeiter können sich dafür bei den Gewerkschaftsführern bedanken, die als erste hinfällig diese Forderung vorgetragen haben.

Finanzdiktatur über die Gemeinden

Nach dem Vorbild der Seering-Verordnung in Preußen proklamiert die Notverordnung die Finanzdiktatur des Staates über die Gemeinden, die aus irgendwelchen Gründen nicht schnell genug Maßnahmen gegen das verheerende Volk beschließen. In solchen Fällen wird ein Staatskommissar eingesetzt, der die Verwaltung der Gemeinde erledigt. Damit ist der letzte Rest der Selbstverwaltung der Gemeinden beseitigt.

Diesem Punkt neuer unerhörter Massenbeschlagnahmen gegenüber ist das, was die Notverordnung an „Erläuterungen“ verpackt, einfach lächerlich. Eine verdrängte Seidung soll „angereicht“ werden und Gleisenerneuerungsarbeiten sollen für ganze sechs Wochen Arbeit für 120 000 Arbeiter beschaffen. Das ist ein Tropfen auf den heißen Stein und angelehnt der Millionen Erwerbslosener einfach Verhöhnung.

Jetzt muß gekämpft werden!

Diese Hungernotverordnung kann nicht ruhig hingenommen werden. Diese Kassen können nicht ertragen werden. Der Kampf muß aufgenommen werden, um an Stelle des verabschiedeten kapitalistischen Systems das sozialistische zu setzen.

Schwere Zusammenstöße zwischen Reichsbanner und Nazis

Die Nazis ziehen den Kürzeren

(Eig. Drahtm.) Hannover, 5. Juni.

Hier kam es in der vergangenen Nacht zu schweren Zusammenstößen zwischen Reichsbannerleuten und Nationalsozialisten, die zu einer regelrechten Straßenkämpfe ausmündeten, in der von einem nahen Reichsbanner-Mitgliede als „Vorkämpfer“ dienten. Die Nationalsozialisten hielten sich in Autos Verankerung heran. Aber auch die Reichsbannerleute erzielten Verankerung durch die Arbeiterbevölkerung, so daß schließlich die Nazis die Flucht ergreifen mußten. Zwei Nazis und ein Reichsbannermann wurden schwer verletzt.

Ein Briefkerl heult!

Der Berliner Bischof Dr. Schaefer ließt diesmal den Pfingstartikel für das Zentralblatt der Zentrumspartei „Germania“. In diesem Artikel heißt es leise weinend fest:

„Ein beträchtlicher Teil der Erde, ein Land mit 136 Millionen Einwohnern (es sind über 180 Millionen, die Red.) ist amtlich als Reich der Gottlosigkeit ausgerufen worden. In Spanien räumen Räuber und Kirchen, die von der Gottlosigkeit in Brand getrieben worden sind, in Berlin, Leipzig, Dresden und in anderen deutschen Reichsländern wurden Ausstellungen der Gottlosigkeit veranstaltet und mollenhaft belacht. Wir können bei unserer Umkehr nicht vorbeigehen an der großen Anzahl der Schriftsteller, die ihre Feder in Gottlosigkeit und Unreinheit eintauchen, der Künstler, die ihre Kunstwerke in Reichweite, Plänen und Plakatschneiderei, Dichter, die ihre Worte weihen ihrer Kunst mißbrauchen, um die Menschen zur Gottentfremdung und zur Sünde (!) zu verführen.“

Eine sauerliche Pfingstbetrachtung! Wie liegt doch dem Herrn Bischof jeglicher Fortschritt im Magen. Wie wäre es erst mit ihm bestellt, wenn nicht dauernd der Sozialdemokrat Otto Braun „helfend und legend bringend“ einprägen würde.

Besodnowsky geht um

Die „demokratischen“ Antidöschgewissen

In Berlin gibt es einen „demokratischen Klub“. In Berlin erhebt auch die „demokratische“, „Vollständige Zeitung“, die in der letzten Zeit in immer härteren Maße in „geheimen“ Antidöschgewissen macht. Wenn unsere nächsten Genossen große Missionen auftragen an Deutschland vergeben, dann läßt sich sogar mit den „verfluchten Döschgewissen“ sogenannter gesellschaftlicher Vertreter plagen. Wenn aber, wie es jetzt geschieht, Moskau mit Paris verhandelt und die Geschäfte besteht, daß man sich auf die Autokratie in Paris einlassen werde, dann denken und damit der deutsche Profit geschädigt wird, sofort besinnen sich unsere Patentdemokraten auf ihre kapitalistische Kinderstube und werden gegen Moskau ausfällig.

So auch diesmal. Der schon oben erwähnte „demokratische Klub“ hat vor einem zahlreichen Kreise von Politikern und Wirtschaftsführern ein Merkmal der berechtigten Defensiven Besodnowsky entgegengenommen. In der „Vollständigen Zeitung“ kann man nachlesen, was dieser Vertreter der Sowjetunion alles erzählt hat. Sofort merkt man aber, welche geschäftstätigen Ziele diese Räubergeschichten, die Besodnowsky erzählt, verfolgt. Er warnte Frankreich vor allen engen Beziehungen zur Sowjetunion, was wiederum den Zwecken der deutschen Kapitalisten diene, denen die Verhandlungen zwischen Moskau und Paris aus den schon oben erwähnten Gründen sehr unangenehm sind.

Warum wir überhaupt darüber schreiben? Weil gerade dieses Beispiel zeigt, wie „gesinnungstüchtig“ unsere demokratischen Antidöschgewissen sind. Sie würden ihre Großmütter an Moskau verkaufen, wenn sie dafür klingende Münze bekämen — im übrigen aber sind sie „eine Leute“!

Der rote Konsum bleibt der Arbeiterschaft erhalten

Der Schandplan der Sozialfaschisten, die Grundzüge des NSB Halle der GGB-Bürokratie zuzuschanden, ist mitlungen — Alle Kräfte eingesetzt für die Durchführung des Vergleichs!

(Eig. Med.) Halle, 8. Juni.

Einer der schwersten und abgeleiteten Angriffe der sozialfaschistischen Bürokratie, der die Vernichtung des NSB Halle vollenden sollte, ist zurückgeschlagen. Der Zwangsversteigerungstermin, der für den 8. Juni angelegt war, ist vorüber. Der Plan der GGB, die Grundstücke des NSB auf Grund ihrer hypothekarischen Forderungen an sich zu ziehen, ist gescheitert. In letzter Stunde war es möglich, die Mittel aufzubringen, um die Werte des Allgemeinen Konsumvereins, die Grundstücke in der Landsberger Straße, der hallischen Arbeiterschaft, den Mitgliedern und Sparern des NSB zu erhalten. Damit ist die Durchführung des eingeleiteten Vergleichsverfahrens völlig gesichert.

Die Renegaten oder Schattierungen im Bündnis mit den Sozialfaschisten, die mit allen nur erdenklichen Mitteln und Methoden die Drangsalen, den roten Arbeiterkonsum, zu schädigen und zu zerstören suchten, haben einen neuen Vordersatz erlitten. Als Betrogenen betrügt sich die Renegatenpflicht um Sach, Märkte und Besseres vor der Arbeiterschaft. Diese verspierten und engstirnigen Saboteure des proletarischen Klassenkampfes wollten durch ihre Karotte „Jurist zur GGB“ die Arbeiterschaft verlernen. Im Feuer des Kampfes stürzten sie aus der revolutionären Front. Jetzt müssen sie feststellen, daß ihre Anstrengungen, dem Sozialfaschismus Zutriebsdienste zu leisten, absolut erfolglos

Gänzender Abluß des Vergleichs im Konsumverein Merseburg

(Eig. Meldung) Merseburg, 7. Juni.

In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag wurde im Amtsgericht Merseburg die Abfassung der Gültigkeit über den gerichtlichen Zwangsvergleich des Konsumvereins Merseburg beendet. Die Verhandlung des Rekrutats durch den Vergleichsrichter erfolgt am Donnerstag. Eine am Sonntag vorgenommene Ausschüttung der Stimmen zeigt aber schon eindeutig ein glänzendes Ergebnis. In allen drei Gruppen der Abstimmer: Mieter, Sparern, die Mitglieder sind und Sparern, die nicht Mitglieder sind, stimmten 90-95 Prozent der Gültigkeit für den Vergleich. Damit ist durch das Vergleichsverfahren der von den Sozialfaschisten mit allen Mitteln herbeizuführende Verstoß abgewehrt, und für den ersten ausgetauschten Konsumverein Merseburg beginnt damit ein neuer Abschnitt des Kampfes gegen Zerstörung, Walfenend und faschistische Hungerdiktatur.

Brünnings Aufruf „an das deutsche Volk“

Regierung gefeiert kapitalistischen Bankrott und Zusammenbruch der Young-Pläne — Nur der Sozialismus bringt die soziale und nationale Befreiung

In der richtigen Erwartung, daß die neue Zwangsnotverordnung unter den breitesten Massen der wertigsten Bevölkerung einen Sturm der Empörung auslösen wird, hat die Brünnings-Regierung sich veranlaßt gesehen, zu ihrer Notverordnung einen besonderen Aufruf zu erlassen, um mit solchen Reden beruhigend und befehlend zu wirken.

Der Aufruf beginnt gleich mit einem sehr wesentlichen Eingangsatz: „Die Erwartung, daß die Weltwirtschaftskrise mit dem Frühjahr 1933 überbunden und damit Not und Arbeitslosigkeit zurückgedrängt werden, hat sich als trügerisch erwiesen.“ Nicht minder interessant ist folgendes Eingangsatz:

„Die Forderung, die der neue Plan der Young-Plan nach Ansicht aller Beteiligten im deutschen Volke bringen sollte... hat er nicht gebracht.“

„Es hat nicht eine einzige Bankrotterklärung der bisherigen kapitalistischen Politik? Wer erinnert sich nicht mehr der Tröden von den „Erläuterungen“, die der Young-Plan bringen werde. Nur wir Kommunisten haben bereits damals mit aller Schärfe betont, daß der Young-Plan eine ungeheure Verhängnis der Lage der wertigsten Massen in Deutschland bringen werde.“

Attacken der Polizei auf Erwerbslosendemonstrationen

(Eig. Drahtm.) Düsseldorf, 8. Juni.

Am Sonnabend fanden in Düsseldorf wichtige Demonstrationen der Erwerbslosen und Betriebsarbeiter gegen die neue Notverordnung statt. An den verschiedenen Stellen Demonstrationszügen bildeten sich spontan Demonstrationen, die unter wuchtigen Protestrufen durch die Straßen marschierten. Die Polizei griff brutal die Demonstration an und schlug mit dem Gummistock die wehrlosen Arbeiter nieder. Bei diesem Überfall wurde eine Anzahl von Schülern auf die Arbeiter übergeben. Erst in den späten Abendstunden trat Ruhe ein.

(Eig. Drahtm.) Hamburg, 8. Juni.

Auch in Hamburg kam es am Sonnabend zu Demonstrationen gegen die Notverordnung. Auch hier ging die Polizei brutal gegen die demonstrierenden Arbeiter vor. Bei einer Gummistockschlacht kam es zu Zusammenstößen zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten. Die Nazis haben, die einige Arbeiter überfallen wollten, wurden von diesen zurückgedrängt. Die einschreitende Polizei beschlagnahmte bei den Nazis mehrere Revolver und Schlagwerkzeuge.

Nazis schicken auf Arbeiter

(Eig. Drahtm.) Berlin, 8. Juni.

Am Sonntag kam es in Berlin an zwei verschiedenen Stellen zu Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Arbeitern. Am Straußberger Platz verteilten Nationalsozialisten Zeitungen. Die Arbeiter, die ihre Ablehnung deutlich zum Ausdruck brachten, wurden darauf von den wütenden Nazis angegriffen. Die Arbeiter setzten sich zur Wehr. Sie wurden von den Hausbesessenen unterstützt, so daß die verprügelten Nazis die

geblieben sind. Mit immer neuen Aufschreibern und Flugblättern, verstreut und verteilt in Hunderttausenden von Exemplaren, angefüllt mit den bei Renegaten und Sozialfaschisten üblichen Verleumdungen gegen die revolutionäre Kampffront, glauben sie politische Brumenvergiftung betreiben und Zerstörung in die Arbeiterschaft hineinbringen zu können.

Feige und erbärmlich wichen sie jeder Erklärung der Fragen des Kampfes um den NSB vor der Arbeiteröffentlichkeit aus.

Die Passagier halten sie sich aber alle zu dem Versteigerungsstermin veranlaßt, um das Ergebnis ihrer verberberischen Tätigkeit zu sehen. Sie wollten dabei sein, die Schaumung, Sacks und Konfuzien, wenn durch den Spruch des Richters die Grundstücke des NSB in die gierigen Klauen der GGB-Bürokratie überfetzt werden sollten.

Der Sozialfaschismus und seine Helfer sind gescheitert.

Jetzt aber kommt es darauf an, und dabei müssen alle Klassenbewußten und ehrlichen Arbeiter und Arbeiterinnen wissen, die letzten noch bestehenden Schwierigkeiten zu überwinden. Am 12. Juni ist der Vergleichsstermin. Das Vergleichsverfahren wird und muß jetzt nach dem eingetragenen Vergleichsvorschlag beendet werden.

Damit ist es Vermaltung des NSB gelungen, trotz geradezu ungeheurer Schwierigkeiten, trotz aller Verbrechen der Sozialfaschisten und der Renegaten, die von den Mitgliedern aufgegebenen Werte, die Selber der Spruch zu sichern.

Jetzt gilt es, die Reihen enger zu schließen. In dieser Situation darf es kein Mitglied, und keine Arbeiterin geben, die absteigt. Jetzt kommt es darauf an, alle Säuglinge und Gleichgültigen aufzurütteln, sie zu neuer Mitarbeit heranzuziehen.

Der rote Arbeiterkonsum ist auf weitesthin seine Aufgaben im Dienste des Kampfes der Arbeiterschaft erfüllt. Er ist ein Teil der revolutionären Front, die sich die Befreiung der Arbeiterschaft, den Kampf gegen das moralische kapitalistische System, gegen den Sozialfaschismus zum Ziel gesetzt hat. Den roten Arbeiterkonsum zu erhalten ist die Aufgabe, und die Pflicht eines jeden Klassenbewußten Arbeiters, jeder Arbeiterin. Durch Bekämpfung des Abrennen in den Betätigungsfeldern dieses Unternehmens der Arbeiterschaft, durch regie Mitarbeit in allen Funktionen muß dieses zum Ausdruck gebracht werden. Besitzt reißlos in den nächsten Tagen stattfindenden Versammlungen des NSB, in denen zu all diesen Fragen eingehend Stellung genommen wird.

Jetzt müßte die Regierung, so heißt es in dem Aufruf, „schwerste Lasten und Opfer“ dem deutschen Volke zu muten, „um die Zahlungsfähigkeit des Reiches aufrechtzuerhalten.“ Dabei behauptet die Regierung, daß diese Lasten alle Kreise des Volkes treffen.

„Die Regierung kann nicht glauben, daß die neue Generation so klein und die ältere so schwach geworden ist.“

Uns dünkt, daß die jüngere Generation klein und die ältere schwach wäre, wenn sie das Diktat des Hungers still und klumpf über sich ergehen lassen würde.

Die Regierung zeigt ihren Appell in folgende Worte zusammen: „Wenn das deutsche Volk an seine Zukunft glaubt, so muß es entschlossen sein, dafür alles einzusetzen.“

„Trotzdem das deutsche Volk glaubt an seine Zukunft und wird alles dafür einlegen. Aber diese Zukunft ist nicht die Zukunft des kontrollierten und herabenden Kapitalismus, sondern die Zukunft des Sozialismus, der den deutschen Werktätigen die soziale und nationale Befreiung bringen wird. Und diesen Kampf führt einzig und allein die K P D.“

Tarifkündigungen in Hagen-Schwelm

Nachdem die gewerkschaftlichen Organisationen das Arbeitszeitabkommen gestündigt haben, hat der Märkische Arbeitgeberverband den Nachmittarri und das Urlaubsabkommen zum 30. Juni gestündigt.

Arbeiterkinder und Spartakiade

Landeskindertreffen unter Polizeieinwirkung

Am 31. Mai führten die Kinder der Württembergischer Sportvereine ihr Landeskindertreffen in Oberthürheim durch. Dieses Kindertreffen war ein wichtiger Auftakt zur Spartakiade. In 600 Kinder beteiligten sich an dem Wettbewerb. Die Veranstaltung fand unter dem Terror der Polizei.

Berichterstatter: Bruno Roth, Halle, für Politik, Soziales, Sozialrecht und Religion; Otto Seidel, Halle, für Wirtschaft; Kurt Kühn, Merseburg, für Betriebe und Gewerkschaften; Wilhelm Wenzel, Halle, für Angelegenheiten.

Sturmzeichen der Krise

Kurseinbrüche an der New Yorker Börse — Der Zusammenbruch des österreichischen Kreditanstalt — Krisenauswirkungen für Deutschland

Die gehäuften Kurseinbrüche in New York haben die öffentlichen und halböffentlichen Verträge von Hoover und Co. zur Geschäftsunterbrechung durch optimistische Konjunkturprognosen durchkreuzt. Sie fügen sich ein in das Bild, das die Entwicklung der letzten Wochen in der ganzen Welt bietet. Die gegenwärtige Wirtschaftskrise — deren Ursache liegt sich nach zahlreichen „normalen“ Krisen früherer Jahre — hat nicht auf eine kurze Periode plötzlichen raschen Konjunkturaufschwungs, eine lange Stagnation, ein allmähliches Abflingen der Krisenerscheinungen folgen lassen; sondern obwohl ihr Verlauf nicht schließend, viel mehr in die Länge gezogen erscheint als vorher, ist sie doch von immer erneuten akuten Erschütterungen begleitet gewesen, von denen bisher jede einzelne die früheren an Umfang und Tiefe übertraf.

Im Anfang äußerte sich die Krise nur in einer ungeheuerlichen Einschränkung von Produktion und Absatz mit allen ihren Folgeerscheinungen, aber noch nicht in nennenswerter Verminderung im Zusammenbruch kapitalistischer Unternehmungen, wie es sonst den Ausbruch der Krisen begleitet haben. Inzwischen ist bereits mehr als eine Serie solcher Zusammenbrüche erfolgt. Gerade eines der wichtigsten Bindeglieder des Finanzkapitals, die Banken, sind von ihnen besonders stark betroffen.

In Amerika hat die Welle von Bankinsolvenzen, die im vergangenen Herbst über das Land ging, schon damals auch eine New Yorker Börse in Fall gebracht. Die Hoffnung der Kapitalisten, daß dadurch bereits eine Reinigung im Sinne einer Scheidung des Lebensunfähigen Schattes von den durch ihre innere Widerstandsfähigkeit dem Ansturm der Krise gemahnten Unternehmungen — nach Art früherer Krisen — erfolgt sei, hat sich aber nicht bewahrheitet. Die Rückfälle der letzten Wochen war von einer solchen erneuten Scheidung von Bankinsolvenzen in der Bronx begleitet, daß erfahrenere Wirtschaftskreisler von einer wachsenden Erschütterung auf der großen Finanzinstitution sprechen, wie ihrer Unfähigkeit, ausgleichend einzugreifen, wie es im Beginn der Krise der Fall war. Es ist übrigens von Interesse, daß bei den Kurseinbrüchen an der Börse gerade die Papiere der größten Unternehmungen, die von der vorübergehenden Salonbelebung der letzten Monate scheinbar am meisten profitiert hätten, besonders stark betroffen worden sind (United States Steel, General Motors usw.).

Kräfte noch wird die neue Verschärfung der Weltkrise durch den Zusammenbruch der Österreichischen Kreditanstalt an die Öffentlichkeit gekommen. Es ist das größte und bedeutendste Zusammenbruchsumstände in der Nachkriegszeit, denn hier handelt es sich nicht um ein Treibhausgebilde der Inflation nach Art des Stimmensorgans, sondern um das älteste, „soldeste“ Finanzinstitut Österreichs, und wenn man von Deutschland absieht, ganz Mittel- und Südwesteuropas. Ein Finanzinstitut, das insbesondere nach seinem Sieg über eine Zeitlang ihm überlegene österreichische Bodenkreditanstalt, die es verdrängt, seine Herrschaft nicht nur über die gesamte österreichische Wirtschaft, sondern auch weit über die österreichischen Grenzen hinaus ausgedehnt hatte.

Dieser Schlag hat mit Recht die gesamte internationale Goodwill in Bewegung gesetzt. Während noch die Rettungsaktion im Gange ist, beginnt es bereits in den Tagen auch der übrigen „altangesehenen“ Häuser bedeutend zu wackeln. Der Zusammenbruch des Bankhauses Aulpiß, Lieben & Co., das vor zehn Jahren durch Konzentration von drei auch seit Jahrzehnten bereits bestehenden Unternehmungen entstand und mit der Berliner Finanz eng verbunden ist, signalisiert die Verschärfung der Lage in Österreich, aber auch auf die Bankhäuser in Prag ist es bereits zu einer Art Sturm gekommen, und in einzelnen Kreisen manft man, daß zwei Träger Großdeutsches schwer in Mitleidenschaft gezogen, ja zum Bankrott gebracht seien.

Von dem österreichischen Finanzkapital wird die Rettungsaktion zu einer schweren Gegenleistung des in der Rettungsaktion von Österreich benutzt. Die wirtschaftslogische mit den gemeinsamen Interests Regierung Endlich wird am ersten Tage dem Bankrott der Kreditanstalt, dem Hauptgegenstand der Kreditanstalt, 100 Millionen (zusammen mit der öster-

reichischen Nationalbank 180 Millionen) in den Rücken und läßt sich, als dies nicht ausreicht, vom österreichischen Nationalbank (mit Unterstützung und Zustimmung der Sozialdemokratie) die Ermächtigung zur Haftung von Krediten für die österreichische Kreditanstalt in unbeschränkter Höhe geben (man spricht von Krediten bis zu 1100 Millionen Schilling).

Aus eigenen Mitteln können weder die österreichische Regierung noch die österreichische Nationalbank, auch bei höchstem Ansehen der Steuerherrscher gegen die Verfügen, diese Haftung bestreiten. Österreichische Schatzkassen müssen zur Deckung im Ausland werden und im Zusammenhang damit wird die ausländische Finanzkontrolle, der Druck der imperialistischen Gläubiger verstärkt, insbesondere der französische Einfluß ausgeübt.

Der französische Sachverständige, Professor Rist, und der holländische, ehemals in Deutschland bei der Nationalbank als Repräsentationsleiter tätig Professor Bruyas, sind zu diesem Zweck bereits in Österreich angekommen.

Die internationalen Wirtschaftserleichterungen pflichten sich mit verstärkter Macht auf Deutschland fort. An der New Yorker Börse war der Kursverlust der deutschen Auslandsanleihen besonders groß; vom 15. bis 29. Mai sind siebenprozentige Dollaranleihen von 86,85 auf 91,08, sechsenprozentige Dollaranleihen von 83,35 auf 77,83 gefallen. In Deutschland selbst ist in den letzten Wochen die Legende, als habe es sich bei den Kursrückgängen des zweiten Halbjahres 1930 nur um eine vorübergehende Reaktion im den Ausgang der Septemberwahlen gehandelt, gründlich zerstört worden. Alle Ergebnisse der sogenannten „Haule“ sind längst zurückgefallen und der Index hat mit 72,5 seinen bisher niedrigsten Stand erreicht.

Die Juliinflationsschäden für den deutschen Kapitalismus, so kühn es an diesem Barometer sich an, sind doppelt, aber die Aussichten für die Liquidierung von Krise und Massenend durch die proletarische Revolution sind im Wachsen begriffen.

Fällt dem Henter in den Arm!

Entzückungsturm in der Sowjetunion gegen den Mordplan von Alabama

Moskau, 6. Juni. In Leningrad hat die Nachricht, daß die amerikanische Bourgeoisie 3 jugendliche Arbeiter in der Fabrik Sacco in Staat Alabama durch den elektrischen Stuhl hängen will, einen ungeheuren Entzückungsturm unter der Arbeiterwelt entzündet. Protestmeetings wurden in den Leningrader Betrieben abgehalten. Die Belegschaft der roten Pulloverwerke erklärt in ihrer Resolution:

„32000 Proletarier der roten Pulloverwerke protestieren mit der größten Entzückung gegen den vom künftigen amerikanischen Faschismus vorbereiteten bestialischen Mord an 3 jugendlichen Arbeiter. Wir verlangen die Aufhebung des Mordurteils und die Befreiung unserer Klassenbrüder. Wir rufen die Werktätigen der ganzen Welt auf, in geschlossener Front gegen diese bestialische Gewalttat des amerikanischen Faschismus zu protestieren und die Front des internationalen revolutionären Kampfes noch breiter zu entfalten.“

Die Arbeiter der Magg-Werke erklären:

„Wir entsinnen uns nur zu gut der Hinrichtung der unglücklichen Arbeiter Sacco und Banzetti, deren Blut noch an den Händen der Henter des „illiberalen“ Amerika fließt.“

Die Arbeiter der Stahlfabrik erklären:

„Der amerikanische Kapitalismus, der sich in der schwersten Krise befindet, möchte die Entzückung der werktätigen Massen von sich auf die Arbeiter, diese Klassenbrüder der amerikanischen Arbeiter, abwälzen. Angesichts des drohenden Mordurteils fordern wir alle Arbeiter der Welt auf, sich noch fester um die Kommunisten zusammenzuschließen.“

Macdonald auf Brünings Spuren

Ein brutaler Angriff gegen die Arbeitslosen — Einschneidende Senkung der Unterstützungsätze — Erhöhung der Beiträge — Nach 26 Wochen kann der Arbeitslose verhungern

London, 6. Juni. Die königliche Kommission zur Untersuchung der Arbeitslosigkeit hat einen Zwischenbericht veröffentlicht, in dem sie eine Herabsetzung der Arbeitslosenunterstützung auf 15 Schilling für die Woche für den erwachsenen Arbeiter über 21 Jahre, auf 13 Schilling für eine Frau, auf 12 Schilling für jugendliche Arbeiter 18 und 21 Jahre, auf 10 Schilling für die Frauen des gleichen Alters und auf 5 Schilling für die 16- und 17-jährigen empfiehlt. Bei Annahme der Vorschläge wird eine Ersparnis von 31 Millionen Pfund für die Arbeitslosenversicherung und von 10 Millionen Pfund für den sogenannten Uebergangsbonus erreicht.

Der Bericht sieht eine Reihe von Maßnahmen gegen den „Mißbrauch“ der Arbeitslosenunterstützung vor. Für verheiratete Frauen ist eine besondere Regelung vorgesehen. Zeitlich soll die Arbeitslosenunterstützung auf 26 Wochen im Jahr beschränkt werden, wobei zu beachten ist, daß es in England keine Arbeitslosenversicherung gibt. Die ausgefallenen Arbeitslosen können bestenfalls auf eine Stellejuppe der Armenfürsorge hoffen.

Die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung sollen um 2 Pence je Woche erhöht werden. Ferner soll eine Reihe einschneidender Bestimmungen den Anreiz auf Unterstützung erschweren.

Die Reichsorganisation der Arbeitslosen entfacht eine wuchtige Kampagne auf der Grundlage der Punkte der Arbeiterpartei gegen Macdonalds „Notverordnung“.

Buchdruckerstreik in Slowenien

Ljubljana, 6. Juni. Seit Pfingstmontag haben die Buchdrucker ganz Sloweniens im Streik zur Abwehr einer Verschlechterung des bisher geltenden Tarifvertrages. Als die Buchdrucker sich gegen eine geplante Lohnherabsetzung zur Wehr setzten, antworteten die Unternehmer mit der Kündigung des Gesamtvertrages der Buchdrucker, mit der Absicht, einen neuen Vertrag mit bedeutenden Verschlechterungen abzuschließen.

Der Streik wird in allen Druckerbetrieben Sloweniens durchgeführt. Die Zeitungen erscheinen vorläufig noch mit Hilfe von Streikbrechern. Die kämpfende Arbeiterpartei fordert von der Gewerkschaft die Ausrufung des Generalkonflikts für das ganze jugoslawische Buchgewerbe.

Barrikaden am Wedding

Der Roman einer Straße aus den Berliner Mäntzen 1929

Von Klaus Neukrantz

Copyright Internationaler Arbeiterverband

Von dem Berliner SPD-Polizeipräsidenten beschlagnahmt und die weitere Veröffentlichung verboten

Die Bauern von der Elb-Flue

Von Gertrud Ring

Fruchtbar ist die Elb-Flue. Getreideböden, Weizenböden, die Vorfrucht des Weizens, Blutrübe Acker, fette Wiesen mit buntem Heidegras. Viel, wenig Bauernland, aber Ackergut und Herrlichkeit. Überall wohnt ein Graf, ein Baron, ein Herr von und zu. Die Schloßer liegen in Parks eingebettet, fette Bauern wachen den Einfluß. Große Wirtschaftsgelände, hohe Scheunen, breite Stallungen, außen liegen die armenigen Katen — Serben, Litauern, Polen arbeiten hier. Die adeligen Herren haben ein „deutsches Gemüt“ unter der britische Jacke; sie muten es den „eigenen Volksgenossen“ nicht zu, bei niedrigen Löhnen in den von Stroh geschwätzten Böhmern mit offenem Mundfang, hinter mit Wappe verstellten Fenstern zu hängen. Die Wohnungen sind schlechter als die Kuhställe, stichig nach Schränte, Betten fallen auseinander. Nach den geschlossenen Bestimmungen sollen die Wohnungen jedes Jahr nachgelesen werden. Aber für die Gutsherrscher ist das Gesetz so dehnbar wie die Jahre...

„Eher lasse ich mein Gut verfallen...“ Die obergeleitete Echtenburg mit der klauen Madonna über der Treintür steht wie ein Raubtier aus. Die Belegschaft des Gutes ist im Frühjahr in Streik getreten, Frauen und Männer liegen

auf der Straße. Kinder stehen mit Wagenrädern von Klammernbüschen auf dem Bahndamm, hoffen von den vorbeifahrenden Autos für die Witten Wäntzen einzuhalten. Das Land ist groß, aber kein fremder Landarbeiter läßt sich einstellen. Das Arbeitsamt von Torgau vermittelt Arbeitslose, man sperrt ihnen zehn Wochen lang die Unterstützung, aber sie nehmen die Arbeit nicht an. Die Proleten der Porzellanbude sammeln Geld, Angestellte und Kleingewerbetreibende geben für die Streikenden her, was sie aufbringen können. Das ganze Gut arbeitet mit fieben Nazis und fünfzehn Polenmädchen. Die Größenlat ist eingegangen, die Ernte kann nicht bewältigt werden. Über die Schloßherrin läßt Heber alles verkommen, ehe sie Leute einstellt, die es geben können. Richtig, Porzellanfabrik haben die Gutspoliten arme und Kinder, streift auf ihren Feldern, was fragt „die Erde“ danach? Nichts. „Wir werden es ihnen zeigen, daß es hier keinen Streik gibt und wenn das Land brach liegen bleibt!“

Sie schauen nach Osten . . .

Im Torgauner Gebiet hat sich der Landbund mit besonderer Hartnäckigkeit festgesetzt. Alle Angehörigen sind im Stahlhelm und gehen gegen Andersdenkende brutal vor. Torgau ist ein strategisch wichtiger Punkt. Die Eisenbahnlinie Rottbus-Sagan ist der direkte Weg nach dem Osten, den Ostfuß hinunter wurde von einem für China bestimmten Panzertank geschickt, konnte aber in Eutin nicht umgelenkt werden. Hier hat man alles so „schön“ bekommen. Den Eisenbahnübergang, den großen Hebestrom im Süden mit unmittelbarem Bahnansluß, den sechsjährigen Charakter der Stadt, die vielen Kaserne, den Verhörtungsturm, die Glasbuden mit den Kognakman, die man leicht für weniger friedliche Zwecke umbauen kann... alles das veranlaßt den Landbund zu der Parole: es darf im Torgauner Gebiet zu keinem Landarbeiterstreik kommen. Es ist genug, daß die Hofenarbeiter und Glasproleten rot und färb sind. Wechswoll, Stahlhelm, Nazis sind in diesen Punkten mit ihm einig. Auf den Tümmen der Güter, die die ganze Elb-Flue beherrschen, steht alljährlich Reichswehr — und Schupooffiziere sind gern gefundene Gäste der Junker. Man bewirft sie zu Hebenswirdig, daß sie gar nicht wieder weg wollen. Der Stahlhelm macht Aufmärsche, die Feldflügel ruhen heran, Freie werden gefeiert, man hat Ackergut ist dabei in Schulden ertrunken. Was macht's? Die gebrotenen Kalbbrüden und Sammelbeine sollen kitzende Jinken bringen. Außerdem haben die Großgüter ihren Wandungsclub.

Polizei schnürt die Polenbündel

Weiter unten, auf dem Gut Mierstien, sind Polen beschäftigt. Sie legen geschloßen die Arbeit hin. Alle sind los, entlassen. Mit der Weidung: „Sachen packen!“ schickte sie der Gutsherr, legen sich ruhig auf Kissen und Kissen, rühren sich nicht vom Fleck. Polizei kommt, jeder einzelne der polnischen Landarbeiter muß von drei, vier Schupos auf den Wagen geladen werden. Die Polizei schnürt die Bündel und wirft sie den Polen nach. Keiner von ihnen rührt eine Hand, niemand greift beim Aufladen an. Die Dorfbewohner schauen mit schredlich dreitem Grinsen den uniformierten Padrträgern zu. Als der Wagen abfährt, rufen die Polen den deutschen Gutсарbeitern zu: „Meistest, Kollegen!“

Urlaubsgesuch

Ein Bauer schrieb an das Finanzamt und bat um vierzehn Tage Urlaub. Man wunderte sich dort und teilte ihm mit, daß Urlaub nur den Beamten des Finanzamtes zustünde und daß er nicht ihr Angestellter wäre. „Nun“, meinte der Bauer, „ich arbeite doch seit Jahren nur für das Finanzamt, da wäre es wohl recht und billig, wenn ich einmal Urlaub bekomme!“

Wir lassen uns nicht pflanzen . . .

Vor dem Amtsgericht in Breitin steht ein Bauer. Er besitzt sechzehn Morgen Feld, mittlerer Bodenfruchtbarkeit, hat Haus und Scheune neu gebaut von geortetem Holz und fann weder Jinsen noch die Summen für Futtermittel und Kunstdünger aufbringen. Einen Vergleich kann er nicht schließen, da er kein Geld hat; er wird zum Offenbarungseid gedrängt. Haus und Feld kommen unter den Hammer. . . Das ist einer von vielen, vielen. Die Bauern, die zwei bis dreihundert Morgen Land besitzen, vegetieren noch; den Kleinbauern ist die Vegetation längst unter den Händen. Im Juli wird der Landbund keine Gelder einlegen und die Bauern sprechen es deutlich und klar genug aus, daß sie sich aufzumuntern werden, um einen Wandungsclub zu erzwingen. Die großen Güter haben einen Wandungsclub und mit Kleinen werden uns nicht mehr pflanzen lassen, wir rebellieren!“ Alle haben sie Nazis gewähnt und heute haben sie nur ein kopfnickelndes Grinsen, wenn sie es von dort hören, daß der Kleinbetrieb rentabler ist. . . Sie arbeiten die ganze Woche, achtzehn Stunden mit ihrer ganzen Familie und wissen, daß niemand sonst als der Gerichtsoffizier der Einbringer der ganzen Ernte ist.

Rund um den Erdball

Münchener Glaspalast innerhalb einer Stunde vernichtet

3000 wertvolle Gemälde verbrannt

Knapp hundert Bilder gerettet — Riesige Feuerfäule 15 Kilometer weit sichtbar

Der bekannte Münchener Glaspalast, in dem gerade — wie alljährlich — die große Kunstausstellung untergebracht war, ist am Sonnabend früh 3.25 Uhr durch ein Riesenerdbeben, das mit rasender Geschwindigkeit um sich griff, innerhalb einer Stunde vollkommen vernichtet worden. Rund 3000 Bilder, zum allergrößten Teil Werke von bekannten Malern des vergangenen Jahrhunderts, die sogenannten Romantiker, verbrannten. Knapp 100, und zwar Gemälde modernerer Maler konnten noch den Flammen entzogen werden. In Nachkreisen schätzt man den Gesamtverlust auf 25 Millionen Mark.

Zu dieser Brandkatastrophe wird noch ergänzend bekannt, daß es der Feuerwehr trotz ungeheuerlichsten Anstrengungen nicht gelang, auch nur im geringsten des entseßlichen Elementes Herr zu werden. Zeitweise war der Brand mit seinen riesenhaften Feuerfäulen und seiner gewaltigen Rauchentwicklung auf 15 Kilometer weit deutlich sichtbar. Ein ungeheures Feuermeer ängelte vom Erdgeschoß in die Höhe bis zum Dach hinauf, dessen Glasbede unter der furchtbaren Hitze gesplitterte. Um 4.25 Uhr schlug die riesige Eisenkonstruktion in sich zusammen, und um 5 Uhr war der Ausstellungspalast nur noch ein einziger rauchender Trümmerhaufen.

Die Ursache der Brandkatastrophe ist bis zur Stunde noch vollkommen in Dunkel gehüllt. Die Vermutung des Nachforschers ergab, daß das Feuer im oberen Teile des Nordflügels ausgebrochen sein muß. Dann griff es mit rasender Schnelligkeit um sich, so daß der Wächter nicht einmal mehr Zeit hatte, aus dem Gebäude telephonisch die Feuerwehr zu alarmieren. Bei dem Versuch, in das brennende Gebäude einzudringen, um die Kunstwerke zu bergen, wurden drei Feuer-

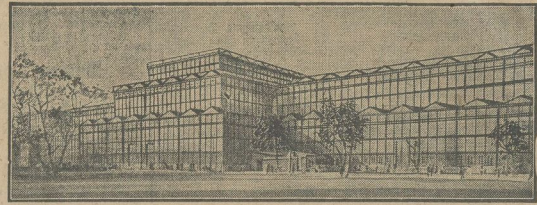
handelt es sich jedoch um Kunstwerke, die eine bilitotatische Jury als „nicht vollwertig“ anerkannt hatte, worüber sich gewiß diese Zurückgelehnten jetzt nicht mehr Gedanken werden.

Die diesjährige Ausstellung des Glaspalastes umfaßte gegen 3000 Bilder, die aus etwa 40 deutschen Städten stammten. Die Kunstwerke der toten Künstler waren auf insgesamt

1 Million Mark versichert, während die Bilder und Skulpturen der lebenden Künstler als unversicherte Werte ein Raub der Flammen wurden!

Die gesamte bürgerliche Presse bezieht sich nun, die Vernichtung der 3000 Gemälde als eine „nationale Katastrophe“ in die Welt zu telegraphieren und, genau wie bei den immer wiederkehrenden Grubenkatastrophen, läßt sich jede Landesregierung verpflichtet, der bayerischen Regierung „tieftest Teilnahme“ zu versichern. Wahre Krotobilstränen vergießen diese Herrschaften, denen die Kunst nur dann etwas gilt, wenn sie kapitalistische Ausbeutung verhindert. Sie reden von einem „furchtbaren Unglück für München, für Bayern, ja, für die ganze deutsche Kunst“. Aber kein Wort verlieren sie über den Skandal, künstlerisch wertvolle Werke in Gebäuden unterzubringen, in denen noch nicht einmal die notwendigsten Feuerlöscher vorhanden sind, und kein Wort, ob sie bedenken, die lebenden Künstler, denen das Feuer das letzte genommen hat, ausreichend zu entschädigen.

Der Glaspalast vor der Brandkatastrophe



Furchtbare Bluttat an einer zwölfjährigen Schülerin

In ein Roggenfeld gelockt und ermordet

Sechs der grauenhaften Tat Verdächtige mußten wieder freigelassen werden

Rostock, 6. Juni. Ein furchtbares Verbrechen ereignete am Freitagabend in der Nähe von Rostock ein Landarbeiter aus Wollenshagen bei einem Spaziergang über die Felder. Er hörte plötzlich ein leises Wimmern und als er diesem Stöhnen nachgegangen war, fand er in einem hohen Roggenfeld die 12jährige Tochter des Schankarbeiters Müller aus Rühse bei Rostock im sterbenden Zustande auf. Das Mädchen lag mit einem als Anker gebundenen Taschentuch im Mund und gab nur noch schwache Lebenszeichen von sich.

Die bisherigen Ermittlungen ergaben, daß die Zwölfjährige am Freitagmittag mit noch mehreren Schulfameraden gerade von der Schule heimkehrte. Zwischen Wollenshagen und Rühse wurden die Kinder von einem jungen Mann angehalten, der das Mädchen mit seinem Kormann ansprach und ihm sagte, es solle mit ihm nach Rühse zurückkommen, da der sie behandelnde Arzt sie noch einmal zu sprechen wünsche. Mangellos übergab das Mädchen sein Fahrrad seinen Schulfameraden und folgte dem Mann den Weg zurück.

Während nun die anderen Kinder ihren Weg nach Hause verfolgten, lief sie plötzlich der Mann aus dem Mädchen, stopfte ihm ein Taschentuch in den Mund, suchte seine Hände und schleppte es dann 500 Meter weitlich in das Roggenfeld.

Als die Schulfameraden das Rad der kleinen Müller abstellten, schloß der Vater Verdacht. Gleichzeitig aber hatte auch ein Landarbeiter die Polizei von der furchtbaren Bluttat in Kenntnis gesetzt. Als sie am Tatort eintrafen, fanden sie das Mädchen in sterbendem Zustande auf. Da man in unmittelbarer Nähe einen Korb mit Konserven fand, vermutete man zunächst, daß der Täter in Händlerkreisen zu suchen sei. Es wurden daher im Laufe des Tages sechs Personen verhaftet, denen es jedoch in kurzer Zeit gelang, ein einwandfreies Alibi beizubringen, so daß sie daraufhin wieder entlassen wurden.

Nach einer weiteren Meldung, die wir jedoch, da sie aus einer Polizeiquelle stammt, mit allem Vorbehalt wiederzugeben, steht im Verdacht der Täterhaft ein Fürsorgezögling, der vor einiger Zeit aus einer Anstalt entwichen ist. Die Suche nach ihm war bisher erfolglos.



Der Glaspalast brennt!

mehrere schwer verletzt. Dem einen wurde der Kiefer geschnitten, einem zweiten der Arm zerquetscht und dem dritten wurde von einem herabfallenden Eisenträger der rechte Fuß zerkratzt. Nun erst gab die Brandleitung den Befehl, daß kein Feuerwehrmann mehr in das brennende Gebäude eindringen dürfe.

Verschont haben die Flammen eigenartigerweise rund 100 Plastiken und Gemälde, die in einem kleinen Schuppen neben dem Glaspalast untergebracht waren. Ausgerechnet hier

Der Riesenbrand in Moinești gelöst

Der Riesenbrand in Moinești, wo mehrere große Tanks einer rumänischen Petroleumraffinerie in Brand geraten sind, hat einen Schaden von 100 Millionen Lei angerichtet. Der Brand ist inzwischen gelöscht. Im ganzen sind 12 Refektorien, enthaltend etwa 2000 Waggons Benzin, Kohöl, Gekolin und Petroleum, vernichtet.

Wieder ein Brückeneinsturz in Frankreich

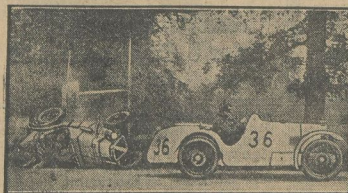
In Châlons sur Saône hat sich am Donnerstag wieder ein Brückeneinsturz ereignet, wobei drei Personen schwere Verletzungen erlitten. Es handelt sich um eine Laufbrücke in fünf Meter Höhe, auf der ein Ingenieur und zwei Arbeiter beschäftigt waren. Aus bisher ungeklärter Ursache gab der Stütz plötzlich nach und riß die Männer mit sich in die Tiefe.

Kommunistische Bildpropaganda

Was der nächste „Rote Stern“ bringt

Der „Rote Stern“ ist für unsere Leser ein unentbehrlicher Teil der Zeitung geworden. Schon immer wurden Wünsche laut, ihn nicht nur alle Monate, sondern in kürzeren Zeiträumen hintereinander erscheinen zu lassen. Diesen Forderungen ist der Verlag nachgegeben. Der „Rote Stern“, dessen neueste Nummer am 14. Juni erscheint, liegt jetzt regelmäßig alle 14 Tage der Parteipresse bei.

Der neue „Rote Stern“ erscheint in Großformat und in doppelter Stärke. Er bringt Bilder vom Kampf und Leben der Arbeiter, aus der Sowjetunion, vom Sport und vieles andere mehr. Er hat auch einen literarischen Teil. Skizzen und Satiren, Karikaturen und Rätsel sind eine Neuerung, die



Knapp am Tode vorbei . . .

Beim Training zum internationalen Großen Motorpreis von Irland überschlug sich vor einigen Tagen ein Rennwagen in voller Fahrt. Fahrer und Mechaniker kamen wie durch ein Wunder mit dem Leben davon. Unser Bild zeigt den Augenblick der Katastrophe.

den „Roten Stern“ lieber noch beliebter machen als bisher. Nur um eine Gegenleistung bitten wir alle Leser: Werbt neue Abonnenten. Die Zeit ist günstig für uns. Wer will der beste Abonnentenwerber sein?

Japanische Stadt in Flammen

750 Häuser eingekerkert — 3500 Obdachlose

Nach einer Meldung aus Tokio steht die ganze Stadt Yamanaoka in Flammen, 750 Häuser sind bereits dem Riesenerdbeben zum Opfer gefallen. 3500 Menschen sind obdachlos und Hunderte von Verletzten irren schreiend durch die Stadt. Drei Personen wurden getötet.

Schwere Unwetter in Mazedonien

Mazedonien wurde von einem schweren Unwetter heimgesucht. Regenbrüche mit hartem Hagel schlugen verheerend in verschiedenen Gegenden die Erde bis zu 80 Prozent. Drei Personen wurden durch Blitzschlag getötet, ein Blitz schlug in eine Schafherde ein und tötete 70 Tiere.

Hast du schon die neue Nummer der „Arbeiterin“ gelesen?



Verantwortlich: Richard Krause, Berlin.

Vorwärts unter dem Banner der Komintern!

Rede des Genossen Ernst Thälmann auf der Plenartagung des Zentralkomitees

In der politischen Diskussion zum Referat über das XI. Plenum des ZK der Komintern, ergriff Genosse Ernst Thälmann das Wort. Wie der Genosse Thälmann die Arbeit unserer Partei unter schwierigen Verhältnissen unterzog und die wichtigsten Aufgaben klar herausarbeitete:

Die Beschlüsse des XI. Plenums der Komintern sind von großer politischer Bedeutung für alle Parteien der Komintern. Auf dem XI. Plenum 1929 kündigte die Komintern den Beginn der Weltwirtschaftskrise an. Im April 1931, auf dem XII. Plenum, brauchen wir nicht mehr über den Beginn der Weltwirtschaftskrise zu sprechen, sondern können die Tatsache konstatieren, daß alle kapitalistischen Länder von der Krise betroffen sind, daß in fast allen kapitalistischen Ländern aber gleichzeitig der revolutionäre Aufschwung vor sich geht. Die Bedeutung dieses Plenums des ZK liegt eben darin, daß auf dieser Tagung der ganze Komplex der Fragen: einerseits Verfestigung der Wirtschaftskrise des Kapitalismus im Weltmaßstab, andererseits demgegenüber der kolossale Aufstieg des Sozialismus in der Sowjetunion und der revolutionäre Aufschwung in allen kapitalistischen, kolonialen und halbkolonialen Ländern, konkret behandelt und geklärt wurde.

Die Bedeutung des XI. Plenums

Auf dem XI. Plenum standen u. a. folgende wichtigste Hauptfragen:

1. Die Krise des kapitalistischen Weltwirtschafts und die großen internationalen Zusammenhänge bei der Durchführung des Fünfjahresplans; d. h. die historische Aufgabe, die der Genosse Stalin auf dem letzten Parteitag der KPWSU sagte — daß wir in der Sowjetunion in die Periode des Sozialismus eingetreten sind;
2. die neuen Erscheinungen und Probleme in der jetzigen Etappe der bürgerlich-demokratischen Revolution in China;
3. die Entwicklung des Faschismus und die Gegenoffensive des Proletariats im Zusammenhang mit der steigenden Krise des Kapitalismus im Weltmaßstab;
4. die Veränderung in der Fragestellung des Kampfes gegen die imperialistische Kriegsgefahr, die bedingt ist durch die Veränderung der Situation, wie sie seit dem 6. Weltkongreß bis zum XI. Plenum eingetreten ist.

Bei dieser letzten Hauptfrage müssen wir die falsche Stellungnahme „Wachstum“ auf dem 6. Weltkongreß mit aller Schärfe bekämpfen, daß nur nach einem neuen Krieg die Revolution siegreich sein werde, ohne aber die Befreiung der inneren Gegensätze in den kapitalistischen Ländern zu erkennen. Spanien ist ein wichtiges Beispiel dafür, daß diese Theorie falsch ist. Von größter Bedeutung ist es, daß wir solche pessimistischen Auffassungen nicht aufkommen lassen, als ob man auf den imperialistischen Krieg warten müsse, um dann die Revolution durchzuführen.

Die Probleme der chinesischen Revolution

Was ist das Eigenartige in der Entwicklung der chinesischen Revolution? Im ersten Stadium begann die Revolution im Industriegebiet, im zweiten Stadium, in dem wir jetzt stehen, ist sie am stärksten verankert im rückständigen agrarischen Gebiet. In Schanghai, Peking, Kanton dagegen bestehen heute große Schwächen unserer Parteiarbeit. Auf dem Gebiet der Gewerkschaften, der Frauenarbeit, der Arbeit in den großen Gewerkschaften, der Förderung der roten Verbände, gibt es schwere Fehler unserer chinesischen Bruderpartei. Von der rechten Korrigierung dieser Fehler hängt das Tempo des Kampfes für das Hindurchführen der bürgerlich-demokratischen Revolution in China zur proletarischen Revolution im wesentlichen ab.

Wenn wir die gemessene internationale Bedeutung der chinesischen Revolution und aller kolonialen Revolutionen berücksichtigen, müssen wir sagen, daß den kommunistischen Parteien in den sogenannten imperialistischen Mutterländern, in England, Frankreich und Amerika große Vorbilder gemacht werden müssen. Bei besserer Massenarbeit und kühnerem Kampf gegen ihren eigenen Imperialismus wäre es der Bourgeoisie dieser Länder nicht möglich, in dem Maße, wie es geschieht, die imperialistischen Kräfte gegen die chinesische Revolution zu führen. Aber auch die deutsche Partei und die übrigen Parteien haben Bestimmungen auf diesem Gebiet. Man muß aussprechen, daß wir nicht genügend die große Bedeutung der chinesischen Revolution bei der Beschleunigung des revolutionären Aufschwungs im Zusammenhang mit der Krise des kapitalistischen Systems erkannt haben und infolgedessen nicht genügend die internationale revolutionäre Pflicht gegenüber der chinesischen Revolution erfüllten. Dies müssen wir sofort ändern.

Die Krise des Faschismus im Weltmaßstab

Eine ganze Reihe von Tatsachen liegt vor, auf Grund deren wir von einer Krise des Faschismus im Weltmaßstab reden sprechen können. Nehmen wir Spanien, wo es zu einer großen Volksbewegung gegen den Faschismus, gegen das militärische Terrorregime kam. Nehmen wir Deutschland, wo die Heimwehren durch die jehusische, geführte Politik von Stöber in sich zerfielen, und ebenfalls Zeichen für die Krise des Faschismus vorhanden sind. Oder als braves Beispiel Italien. Die Staatsverschuldung Italiens von 22 Milliarden Mark, der Höchstbetrag im inneren Staatsbudget, die fortgeschrittenen Rohreduzierungen, die Bauernrevolten und Anarchen im Süditalien, die kapitalistischen Masskillinge in der Faschistenpolitik, die Tatsache, daß die italienische Bourgeoisie jetzt bei der Finanzkonkurrenz der ganzen Welt um Kredite bettelt, — das alles sind deutliche Anzeichen, daß auch in Italien die Krise des Faschismus in Erscheinung treten wird.

Wenn wir in Deutschland die Lage des Faschismus überprüfen, so müssen wir ausgehen von unserer strategischen Wendung, die wir nach dem Hinauswurf der Sozialdemokraten aus der Regierung begannen. Bei uns gab es damals

Genossen, wie Merxer, die nicht glaubten, daß die Bourgeoisie der Sozialdemokratie einen Fußtritt gegeben hat. Diese Genossen gerieten ins Gefolge der sozialdemokratischen Ideologie, wonach das Ausweichen der SPD aus der Regierung ein parlamentarisches Verbrechen oder ein Mörder der SPD sei.

Als wir auf dem Weidinger Parteitag von der Festigung des kapitalistischen Staats und der Klassenherrschaft sprachen, kämpften die Versöhler, die Gruppe Ewert-Eberlein gegen diese Einschätzung an. Heute werden sie selbst über ihre Dummheit lächeln. Der Genosse Merxer bezog später über umgekehrten Standpunkt eine ähnliche Linie. Er ver-

stand nicht, daß der Fußtritt für die SPD die Verschärfung der Faschisierung bildete, und daß die Partei mit Recht die neuen faschistischen Kräfte signalisierte. Er war nicht, daß der Hinauswurf der Sozialdemokratie aus der Regierung nicht ausschließt, daß sie nach wie vor die wichtigste Stütze der Bourgeoisie blieb. Ohne die richtige Fragestellung des Hinauswurfs der Sozialdemokratie aus der Regierung hätten wir die nächste Etappe unserer strategischen Wendung im vergangenen Dezember, als wir die Frage der faschistischen Diktatur aufrollten, nicht möglich machen können.

Durchführung der faschistischen Diktatur in Deutschland

Wenn wir die Entwicklung in den letzten Monaten nehmen, die neuen Notverordnungen, das Ausnahmegesetz für die kommunistische Partei usw. — was wäre geschehen, was hätten wir heute für eine Position, wenn wir nicht unsere strategische Wendung im Dezember vollzogen und den faschistischen Kurs der Brüningregierung rechtzeitig aufgezeigt hätten? In einem Lande wie Deutschland mit so starkem Industrieproletariat kann die Bourgeoisie die faschistische Diktatur nicht durchführen, ohne Teile der Arbeiterklasse in diesen Prozeß mit hineinzudringen. Wenn wir unsere große strategische Wendung nicht durchgeführt hätten, wäre es schwerer und unmöglich gewesen, den Einbruch der Nazis in die Arbeiterklasse zu verhindern, und es wäre uns genau so gegangen wie einigen anderen Parteien in der Vergangenheit. Ich erinnere an die polnische Partei gegenüber dem Pilsudski-Rückzug im Jahre 1926, an die Böhmer in Oesterreich oder an die finnische Arbeiterpartei, die von der Entwicklung des Lappolajschismus überrascht wurde und einen großen Temporeverlust erlitt. Es ist ein Verdienst unserer Partei, daß sie im Dezember und besonders auf dem Januar-Plenum den Prozeß der Faschisierung klar aufzeigte.

Die 2. Internationale und die deutsche Sozialdemokratie verließen ihre arbeitervertreterische Politik des „kleineren Übels“ vor den Nazis dadurch zu verteidigen, daß sie die bürgerliche Demokratie dem Faschismus als prinzipiell gegenübergestellt gegenüberstellten. Wenn wir jedoch die Tatsache ins Auge fassen, daß unter dem Deckmantel der bürgerlichen Demokratie, wie unter dem Faschismus der Klasseninhalt, die Diktatur des Finanzkapitals, unverändert bestehen bleibt, zeigt sich sofort der eindeutige Schwund der Sozialdemokratie. Eine richtige Charakterisierung der Brüningregierung ist deshalb von großer Bedeutung für unseren

Kampf sowohl gegen den Faschismus, wie gegen die Sozialdemokratie.

Bürgerliche Demokratie und Faschismus — zwei Seiten derselben Medaille

Nehmen wir die Revolution des ZK zur Frage des Faschismus. Es heißt dort:

„Das Wachstum des Faschismus in der letzten Zeit war nur möglich auf der Grundlage der im Laufe der Nachkriegszeit durch die internationale Sozialdemokratie erfolgten Auflockerung der Diktatur der Bourgeoisie, unabhängig von ihren Formen. Die Sozialdemokratie, die durch die Konstruierung eines Gegenstückes zu der „demokratischen“ Form der Diktatur der Bourgeoisie und dem Faschismus die Wachstumsbedingung der Massen im Kampf gegen die heranziehende politische Reaktion und gegen den Faschismus einschlößert und die das fortrevolutionäre Wesen der bürgerlichen Demokratie als einer Form der Diktatur der Bourgeoisie vertritt, ist der ständige Faktor und Schrittmacher der Faschisierung des kapitalistischen Staats.“

Im Zusammenhang mit dieser Frage eine andere: Trifft es zu, daß in sozialdemokratischen Kreisen und darüber hinaus Auffassungen bestehen, wonach die Brüningregierung selbst als die Brüningregierung sei? Wenn das stimmt, dann müssen wir besonders ernsthaft die Feststellung treffen, daß zu der Zeit des Stahlhelmvolksbegehrens unsere Partei nicht ihre Pflicht getan hat. Hätte sie in der Linie unseres Aufrufs zur Volksaktion gegen Brüningregierung, Scheinlingdiktatur und Faschismus massenhaft teilgenommen, hätte sie dann nicht verhindern können, daß das Volksbegehren erfolgreich war? Aber wir waren in dieser Kampagne nicht aktiv genug.

Wirkliche Ausnutzung der Beschlüsse des ZK

In diesem Zusammenhang noch eine andere Frage. Überprüfen wir die Beschlüsse unseres Januar-Plenums des Zentralkomitees. Jeder Genosse soll die Frage beantworten, inwieweit wir die wichtigen Beschlüsse durchgeführt haben. Gab es Fehler in der Generallinie? Keineswegs! Beschlüsse, die ein Zentralkomitee nach einer gründlichen Vorbereitung faßt, Beschlüsse, die die Probleme richtig ergreifen, die die richtigen Aufgaben stellen, an denen die Führung kollektiv nachdenken arbeitet, — solche Beschlüsse müssen für die Partei das glänzendste Werkzeug im Kampf gegen alle ihre Klassenfeinde sein.

Überlegt euch einmal, wenn eine andere Partei ein solches geistige Mittelzeug hätte wie unsere. Schon am 17. September v. J., drei Tage nach den Reichstagswahlen, setzten wir eine einwandfreie Perspektive und wußten klare politische Linie auf, eine richtige Beurteilung der Klassenverhältnisse, mit ihrer Generallinie und ihrer richtigen Einschätzung der Entwicklung die Möglichkeit, getragen von einem solchen Selbstbewußtsein in ihrer Arbeit und Politik aufzutreten, wie keine andere Partei. Was das Zentrum, die Volkspartei, die Sozialdemokratie eine solche richtige Perspektive und solche von der Geschichte bezeugten Beschlüsse hätte, — sie würde nicht eine Minute darauf verzichten, sie bekanntzugeben zu popularisieren.

Unser ZK verlagert selber auf diesem Gebiet, statt mit den Tatsachen unserer Generallinie, unserer Resolutionen, unserer Erfolge die Autorität der Gesamtpartei und besonders der Führung zu stärken. Seht euch die KPWSU an. Sie vertritt mit lebendiger Energie, mit Liebe und Freude ihre Beschlüsse. Wenn unsere Tagespresse diese Aufgabe besser lösen würde, würde das zugleich auch die beste Stellung für unsere Mitglieder und Funktionäre und eine merkwürdige Hebung des geistigen Niveaus der Partei und der Massen bedeuten.

Die Entwicklung der Krise in Deutschland

Wenn wir die Zeit vom X. bis zum XI. Plenum überprüfen, so finden wir, daß fast alle Parteien den Begriff der „politischen Krise“ benutzen. In den Beratungen auf dem XI. Plenum überzeugten wir uns davon, daß diese Kennzeichnung „politische Krise“ überflüssig ist. Wenn z. B. eine Bruderpartei, weil ein kommunistischer Bürgermeister nicht befristet wird, von der politischen Krise spricht, so ist das nur ein Beispiel für die falsche Anwendung einer solchen Bezeichnung der Lage. Eine Korrektur war unbedingt erforderlich. Wenn wir die Resolutionen des XI. Plenums studieren, so glauben wir, daß es uns gelungen ist, eine vollkommen einwandfreie Formulierung zu finden. Gegenüber der viel zu schematischen Anwendung der Bezeichnung „politische Krise“ als einer bestimmten Etappe ist in den Formulierungen der Resolution der Prozeß gestellt, wie aus der ökonomischen Krise die Voraussetzungen einer revolutionären Krise entstehen. Für Deutschland heißt es in der Resolution folgendermaßen:

„Die ökonomische Krise in Deutschland führt zu einer außerordentlichen Verschärfung der Klassenkämpfe und zu wachsenden politischen Erschütterungen, was die Steigerung der Voraussetzungen einer revolutionären Krise beschleunigt.“

Das ist die richtige Analyse der gegenwärtigen Situation in Deutschland. Die Entwicklung seit der Tagung unseres ZK im Januar hat unsere damaligen Formulierungen, wo wir schon von Tendenzen der revolutionären Krise sprachen, voll und ganz bestätigt. In unserer Resolution über die Beschlüsse der Komintern heißt es nunmehr, daß die Voraussetzungen der revolutionären Krise in beschleunigtem Tempo wachsen. Die tatsächlichen Erscheinungen in der Wirtschaft, auch hinsichtlich der Millionen-erwerbslosigkeit und auf allen anderen Gebieten, geben unserer Perspektive recht. Die Entwicklung zwingt bereits die Bourgeoisie selbst, Warnrufe auszulassen. Keine Anzeichen einer konjunkturellen Verbesserung zeigen sich, nicht einmal Erscheinungen der wirtschaftlichen Situation. Am Gegenteil, mit der ganzen Weltwirtschaftskrise wird sich die Lage in Deutschland weiter wesentlich verschärfen. Aus allen diesen Tatsachen und Schwierigkeiten erwächst die Hungerpolitik der Bourgeoisie, deren neueste Etappe das bevorstehende Brüningische „Sparprogramm“ ist.

Gegen die Hungeraktion aller Volksfeinde die Volksaktion für Arbeit, Brot und Freiheit

Obwohl wir die neue Notverordnung noch nicht kennen, so ist doch schon klar, daß die Verlesung der breiten wertvollen Massen durch sie weiter beschleunigt wird, daß sie sensationelle Überforderungen auf der Linie des Hungersturms der Bourgeoisie und der Volksfeinde bringt. Es ist klar, daß wir demgegenüber einen Schlüssel finden müssen, der zur Gegenoffensive gegen die Hungeraktion führt, und der unsere Partei und die wertvollen Volksmassen zur Erkenntnis der gegenwärtigen Situation bringt. Die letzte Sitzung des Politbüros und des Sekretariats des ZK hat sich mit dieser Frage eingehend beschäftigt. Angesichts der jetzigen Situation, in der die Bourgeoisie oder besser gesagt: alle Volksfeinde, womit auch die Sozialdemokratie und die Nationalsozialisten gekennzeichnet werden, ihre Hungeraktion durchführen, ist es notwendig, eine zusammenfassende Besetzung in die Massen hineinzutragen, die auch dementsprechend entsprechend der gegenwärtigen Periode trägt. Wie sind zu der Lösung gekommen, der Hungeraktion aller Volksfeinde die Volksaktion für Arbeit, Brot und Freiheit entgegenzusetzen.

Wie auch das Brüningische „Sparprogramm“ im einzelnen aussehen mag, jedenfalls wird es den Ruin für die soziale Existenz von Millionen Familien bedeuten. Hier gilt es für uns, die Einzelkämpfe und Einzelaktionen auszulassen und uns für eine einheitliche Aktion in die Massen zusammenzufassen und auszubilden lassen. Dabei ist die Frage der selbständigen Durchführung von wirtschaftlichen Streiks selbstverständlich das Wichtigste und Wichtigste. Aber gerade bei dieser Frage müssen wir wiederum mit scharfer Kritik an der Massenarbeit der Partei und der RWG einsehen.



Verstärkt den Kampf an innergewerkschaftlicher Front!

Wir müssen uns sehr ernst mit der Frage befassen, warum in den letzten zwei Jahren in Deutschland so wenig Streiks ausbrachen und dort, wo wir Streiks entfesselten, diese einen kurzfristigen Charakter trugen. Das gilt für die Metallarbeiterstreiks in Berlin und Nordwest und auch für den Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiet und Oberschlesien, wo wir die Front nur vier bis fünf Tage halten konnten. Die Ursache hierfür ist nicht nur der Druck der Kapitaloffensive, nicht nur die Willensermüddung, die Angst vor dem Verlust der eigenen Beschäftigung, die hemmend auf alle Streikbewegungen wirkte, sondern auch die Frage unserer eigenen großen Schwächen.

Solange Millionen Arbeiter, stellte, Beamte in den freien Gewerkschaften, den christlichen oder sonstigen Bünde angehören und noch befristet werden, solange kann es nicht möglich sein und ist es erschwert, bedeutende erfolgreiche Streiks durchzuführen. Und hier muß unsere Kritik mit aller Schärfe beginnen. Wir haben auf diesem Massengebiet einen großen Tempoverlust, eine Regierung und unorganisierte Vernachlässigung der Arbeit an der innergewerkschaftlichen Front. Ohne die Überwindung dieser Hauptschwächen unserer Gewerkschaftsarbeit kann der wirkliche Aufbau und Ausbau der KPD, und der roten Verbände, und vor allem die selbständige Führung der Wirtschaftskämpfe nicht gelingen.

Nach einer Statistik des „Vorwärts“ vom März d. J. sind im RGO von hundert Mitgliedern 34,4 arbeitslos. Bedeutend, Genossen, bei einem Drittel Erwerbslosigkeit unter den Mitgliedern der freien Gewerkschaften: haben wir, die einzigen, die die Interessen der Erwerbslosen sowie der Betriebsarbeiter verteidigen, unter diesen Umständen nicht die größten Möglichkeiten zur revolutionären Arbeit unter den Mitgliedern der revolutionären Verbände? Gewiß, die Ausgestaltung der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie ist ungelöst geblieben als früher. Aber demgegenüber ist auch der allgemeine Radikalisierungsprozeß der organisierten Arbeiter ein Fortschritt.

Wir müssen diese Frage in unserer Partei sehr scharf stellen und unter Ausnutzung aller, besonders neuer taktischer Methoden unsere Arbeit in den freien Gewerkschaften befruchten. Die Siebenmillionenfront der Arbeiter, Angestellten und Beamten in den verschiedenen Gewerkschaften und Verbänden dürfen wir unter keinen Umständen negieren.

Die Bedeutung der Streiks für die Verstärkung der Kräfte

Das, was schon auf dem letzten ZK-Plenum im Mittelpunkt unserer Erörterungen stand, müssen wir mehr beachten: die Tatsache, daß wir durch die Stärkung des subjektiven Faktors, des Kampfes der Partei und der Massen, durch die Organisierung der Wirtschaftskämpfe usw. die Kräfte verstärken können und müssen. Diese Tatsache muß wir mehr in das Bewußtsein der Partei und der Millionenmassen hineintragen. Es existiert eine solche Verstärkung, als ob es keine Möglichkeit gäbe, einen erfolgreichen Widerstand gegen die Unternehmensoffensive zu organisieren. Nach dem Ruhrstreik und dem Streik in Döberitz schickten im Januar letzte die bürgerliche Presse mit, daß die Bourgeoisie zur Zeit des Streiks 400 bis 500 Millionen Mark ins Ausland verschoben hat. Wir sehen also, wie diese Streiks, obwohl sie noch in einem beschränkten Rahmen geführt wurden, schon Uruhr auslösten und die Schwierigkeiten des kapitalistischen Systems verstärkten. Wenn unsere Mitglieder massen und die Arbeiter begreifen, daß wir es in der Hand haben, durch jeden Streik, durch jede Massenaktion den Zusammenbruch des kapitalistischen Systems zu beschleunigen, dann werden die Arbeiter viel lebhafter als bisher an die Organisierung der wirtschaftlich-politischen Kämpfe herangehen.

Es steht vor uns die entscheidende Frage, überall einen Guerillakrieg gegen die Kapital- und Hungeroffensive zu entfesseln. Tausende und Zehntausende kleiner Kämpfe in den einzelnen Betrieben müssen der Arbeiterklasse neue Erfahrungen bringen. Schon haben die Arbeiter neben dem direkten Streik auch die Methode der Massenaktionen. In der Gemeindefunktion gibt es Erscheinungen der passiven Resistenz. Auch hier dürfen wir nicht passiv zusehen, müssen alles für die Kämpfenden einsehen. Nur durch solche eine aktive und offensive Taktik werden wir die Unternehmensoffensive hemmen und die Voraussetzung für erfolgreiche Kämpfe schaffen. Eine große allgemeine Schwäche ist es auch, daß wir dort, wo wir kleine, erfolgreiche Streiks geführt haben, die Ergebnisse zu wenig beachten und nicht genügend popularisieren.

Aktivierung der Erwerbslosenbewegung

Die zweite wichtige Frage neben den Streiks der Betriebsarbeiter sind die Aktionen der Erwerbslosen. Auch hier müssen

Uebergang ins kommunistische Lager

Die „Frankfurter Zeitung“ zur Bauernrebellion und Salomons Schritt

Die „Frankfurter Zeitung“ schreibt in ihrer getriggen Ausgabe unter der Überschrift: „Ein Landvolkführer geht zum Kommunismus über“ zu Bruno v. Salomons Solbarisierung mit dem Bauernhilfsprogramm der KPD, einen längeren Artikel, dem wir folgende Zitate entnehmen:

... Der Schritt von Salomons ist gewiß nicht bedeutungslos. Bisher ist ein großer, wenn nicht der größte Teil der deutschen Bauernschaft noch den Partolen politischer Organisationen gefügt, die im Endziel mit ihrer Einseitigkeit die Interessen des Großgrundbesitzes, nicht aber die der Bauern vertreten. In der gleichen Zeit, in der diese Organisationen für den politischen Großgrundbesitz außerordentliche Erfolge erzielen — in dauernder Steigerung der Getreidepreise in der gleichen Zeit, in der diese auf dem Weltmarkt immer tiefer sinken —, in dieser gleichen Zeit haben sie sich die Gefolgschaft der Bauern dadurch erhalten, daß sie ihnen in einer wilden politischen Hetze den Glauben beibrachten, an ihrer schlechten wirtschaftlichen Lage seien die Reichsregierung und der Marxismus schuld.

Mit genau den gleichen Partolen und eng verbunden mit der großen agrarpolitischen Organisation des Reichs-

landbundes haben dann auch die Kartellsozialisten bei der Bauernschaft außerordentliche Erfolge zu verzeichnen gehabt. Dabei mußte es freilich nur als eine Frage der Zeit erscheinen, wann insbesondere bei der Kleinbauernschaft die Einsicht erlangen würde, daß die politische Vertretung des Großgrundbesitzes nicht zugleich die ihrige sein kann, daß die Behauptung von den gemeinsamen Interessen des Großgrundbesitzes und der Bauern eine Fiktion ist. Leider ist die Gefahr nicht gering, daß Teile der Bauernschaft aus der zunächst negativen Erkenntnis, daß sie von jener Seite keine wirksame Hilfe erwarten können, zunächst die Konsequenzen ziehen, in ein entgegengelegtes Extrem zu fallen und sich vom Kommunismus Hilfe zu verschaffen.

Sollte die Annäherung der rheinischen Landvolkskreise an Salomon und Heim an den Kommunismus wirklich weitere Kreise ziehen, so würde sich damit auf dem Wege ein Vorgang abspielen, wie er in ähnlicher Ausprägung auch in den Ständen beobachtet ist: daß nämlich Streiks, die bisher den rechtsradikalsten Partolen gefolgt sind, die dort nur der politischen Agitation dienenden antikapitalistischen und sozialrevolutionären Forderungen ernst nehmen und den Uebergang ins kommunistische Lager vollziehen.

Es darf nicht mehr vorkommen, daß die Kommunen die

Die wichtigsten Aufgaben der Partei

In unserer heutigen Resolution haben wir die dringlichsten Hauptaufgaben der Partei in zwölf Punkten niedergelegt. Diese zwölf Punkte enthalten den Schlüssel für die Lösung jener Probleme, die uns aus der gegenwärtigen Situation ergeben. Sie ergeben zugleich, welche Schwächen in unserer revolutionären Massenarbeit wir in erster Linie zu überwinden haben. Wir stellen in diesen zwölf Punkten die Frage der Organisierung der Wirtschaftskämpfe, der KPD-Arbeit und der Arbeiter an der innergewerkschaftlichen Front. Die Stärkung und Politisierung unserer Betriebszellen, den Aufbau des revolutionären Agrar- und Kleingewerkschafts und der Betriebsgruppen der KPD; die Frage der Erwerbslosen, der Jugend, der Frauen, des Kampfes gegen die Sozialdemokratie und gegen den Nationalsozialismus; die Bauernarbeit, die Arbeit unter den Angestellten, Beamten und Mittellandschichten, die Frage der Sozialreaktion und Kulturreaktion; schließlich das Problem unserer Massenorganisationen. Das sind die wichtigsten Knotenpunkte für die revolutionäre Politik und unsere Massenarbeit.

Auf allen diesen Gebieten haben wir neben den Erfolgen, die die Partei politisch und organisatorisch errungen hat, bestimmte Schwächen. Eine Ueberhörschicht, daß wir nur lauter Erfolge der Schwächen und Lücken unserer Arbeit nicht mehr sehen, hindert uns in der Partei nicht haben. Wir müssen die Frage an die Partei richten: welche überwindenden Erfolge können wir haben, wenn wir die Generallinie an allen Fronten konzentrieren würden?

Die Hauptschwächen der Partei

Nur einige Beispiele aus den letzten Wochen: Bei der Vertagung des Reichstages bis zum Herbst hat unsere Fraktion, die laut Arbeit geleistet hat, geschwiegen. Damals hätten wir Obstruktion machen müssen, das war unsere Pflicht und Aufgabe, so daß man monatelang von der Partei gesprochen hätte. Sogar jetzt mußte schon die Kommunisten die geplanten Anschläge der Bourgeoisie vorausgesetzt und deshalb am Schluß des Reichstages Obstruktion getrieben.

Oder ein anderes Beispiel: Die ungenügende Reaktion auf die spanische Revolution, ein großes Verlegen. Oder auch die Vorbereitung auf den 1. Mai. Natürlich hatten wir

Wohlfahrtsunterstützungsfälle abbauen, den Jungarbeitern jede Auszahlung von Unterstützung verweigern, ohne daß die Erwerbslosen sich regen. Wie jeder Lohnstreik, bringt auch die Erwerbslosenbewegung und -demonstration neue Schwierigkeiten für die Bourgeoisie und verstärkt die Krise. Die Lösung der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie und der Sozialdemokratie; 40 Stunden Woche ohne Lohnausgleich, bedeutet nichts anderes, als eine 17prozentige Verminderung des Wochenverdienstes bei steigender Arbeitsleistung, also einen neuen Lohnraub, eine neue Verelendung der Massen, eine neue Einschränkung der Massenlaufkraft.

Um die Erwerbslosenbewegung auf eine höhere Stufe zu heben, werden wir in den nächsten Tagen den Arbeitsbeschaffungsplan der KPD veröffentlicht, der das Wertvolle für die Partei und die KPD ist, um die Massen der Erwerbslosen organisatorisch zu festigen und sie zum Kampf, Seite an Seite mit den Betriebsarbeitern zu mobilisieren.

große Erfolge am 1. Mai. Aber wir konnten viel mehr haben. Es gab auch Schwächen bei der Durchführung des politischen Massenstreiks am 1. Mai, die man klar sehen muß.

Auch im Kampf gegen die Nationalsozialisten haben wir in letzter Zeit beachtlich ein gewisses Nachlassen zu verzeichnen, trotzdem wir mit Recht von dem Beginn einer Krise in der KPD sprechen. Hier gilt es insbesondere, auch die Politik und Arbeit des Kampfes gegen den Faschismus zu konzentrieren, härter zu unterziehen und zu verbessern.

In der Frage des Young-Planes gilt es, immer von neuem mit der schlagenden Waffe unseres Freiheitsprogramms den Massen die Kraft und Initiative der Partei zum Bewußtsein zu bringen. Aus unserer Presse ist katzenbissig in letzter Zeit das Freiheitsprogramm verschwunden. Der einzige, der revolutionäre Ausweg, wird nicht zu wenig von uns ausgegipelt. Schließlich die Frage des Menschheits-Prozesses. Statt auf Grund der Ergebnisse des Prozesses die Sozialdemokratie und die 2. Internationale immer mehr in die Enge zu treiben, haben wir ihn in Vergessenheit geraten lassen.

Als wir nach dem Weddinger Parteitag die Frauenarbeit besonders in Angriff nahmen, gab es eine große Bewegung. In den letzten Monaten sehen wir auch hier wieder eine Vernachlässigung der Arbeit.

Der nehmst, was unsere Bauern- und Dorfpolitik, über die wir noch besonders sprechen werden. Angehörig der Partei müssen wir hier eine scharfe Wendung vollziehen. Ich erinnere an die falsche Einstellung der Partei anlässlich der Borsfalle in Schleswig-Holstein. Wir haben nicht mit genügender Klarheit von vornherein erkannt, daß jene Revolte der Bauern aus der tiefsten Not geboren, ein Ausdruck ihrer Verzweiflung ist. Wir müssen diese Bewegungen der Bauern führen, sie in ein anderes Gleis bringen und den verelendeten Bauern den wirklich revolutionären Ausweg zeigen. Wir werden deshalb ein Bauern-Hilfsprogramm aufstellen und der Öffentlichkeit zeigen in diesen Tagen unterbreiten.

Schließlich zur Frage der benötigten Wahlen. Ende September haben wir Wahlen in Hamburg und die Wahl in Hessen-Darmstadt, im Oktober haben wir Wahlen in Bayern. Die Wählermassen sind ebenfalls noch im Herbst. Es ist klar, daß wir sofort alle Vorbereitungen in den Bezirken treffen müssen, um bei jeder Gelegenheit die stärksten Erfolge in der revolutionären Massenorganisation herauszuführen. Bis jetzt, Genossen, hat nur Kampf gegen die Preußenspolitik der KPD, als der wichtigsten Seite der Brückenspolitik, unverzüglich große Schwächen aufzuweisen.

Das innere Leben der Partei

Einige Worte zur Frage des inneren Lebens der Partei. Die Hauptaufgabe ist heute die des Kampfes gegen den Opportunismus und der Opportunismus in der Praxis, die Passivität, die Tendenz, den „leichteren Weg“ zu gehen, vor Schwierigkeiten auszuweichen. Daneben treten die „linken“ jetztereifigen Auffassungen in Erscheinung.

Hier steht auch die Frage der Funktionärarbeit. Zur selben Zeit, wo die Partei ihren Mitgliederstand um 80 Prozent erhöht hat, ist in der Frage der Verstärkung der Funktionärarbeit viel zu wenig geschehen. Es gibt an der Spitze lebende Kräfte in den Bezirken, die sich von neuen Kadern, vor neuem Blut und Leben in der Partei fürchten. Solche Tendenzen verschulden zum Teil das Nachhinken der Partei hinter der revolutionären Massenentwicklung.

Eine wichtige Frage ist die Konzentrierung der Generallinie auf die bezirklichen und örtlichen Verhältnisse. Wir brauchen deshalb eine starke Selbstinitiative und

Kontrolle. Nicht Diktatur von oben, nicht Kommandoton, wohl aber eine Kontrolle gemeinsam mit den Massen, ihre lebhafteste Unterstützung, die dazu beitragen wird, rasch eine neue Aufsprüfung unseres Funktionärstandes zu erzielen.

In diesem Zusammenhang steht auch die Schwäche in der Anwendung der Einheitsfrontpolitik von unten, das noch viel zu schleppende Tempo trotz der Erfolge in der Gewinnung der sozialdemokratischen Arbeiter. Hier gibt es solche Stimmungen, als ob sozialdemokratische Arbeiter nicht revolutionäre Kämpfer in unserer Partei werden könnten. Hier brauchen wir einen klaren Schritt vorwärts, um die selbstkritische Initiative zu wecken.

Genossen, meine früheren Bemerkungen entsprachen nicht irgend einem Reformismus, sondern gerade der Festhaltung der politischen großen Erfolge, neben denen wir nicht die Ausmerzung vorhandener Schwächen nicht vergessen dürfen. Wir, Genossen, sind die einzige lebendige revolutionäre Kraft, die die Massen in den Kampf gegen die Offensive der Bourgeoisie führen können. Die Partei hat schon bei manchen Anlässen selbstlos und klug vorhandene Mängel in kürzester Zeit fast ausgemergelt. Sie wird auch jetzt, angesichts der gewaltigen Aufgaben im Kampf gegen Brüning, gegen die Bourgeoisie und ihre Verbündeten jeden Tempoverlust auszugleichen versuchen.

Dorwärts, zu kämpfen und Siegen!

Wir müssen systematisch unsere Politik weiter entwickeln und vervollkommen. Das Freiheitsprogramm, das Programm der sozialen und nationalen Befreiung des deutschen Volkes war und bleibt die Achse unserer Politik. Jetzt ergänzen wir mit dem Bauern-Hilfsprogramm, mit dem Arbeitsbeschaffungsplan und mit anderen Maßnahmen, die wir unseren Kampf für die Volksrevolution in immer neue Schichten tragen.

Das zentrale Problem für uns besteht darin, gegenüber der Offensive der Bourgeoisie, die immer brutaler und maßloser Formen annimmt, gleichfalls die Aktionkraft und Aktionsfähigkeit der Massen auf eine höhere Stufe zur Führung des Gegenangriffs zu erheben. Je mehr wir verstehen, die einzelnen Aktionen und Kämpfe auszulösen und in den Strom unserer Volksaktion für Arbeit, Brot und Freiheit hineinzufügen, desto härter wird unsere Partei, desto lebendiger das Proletariat, desto wirksamer werden sich die Beschlüsse des XI. Plenums in den Massen Deutschlands auswirken. Gehen wir mutig und ohne Zögern an unsere Arbeit mit dieser Ueberzeugung, dann werden wir auf der nächsten ZK-Sitzung nur über neue Erfolge und Fortschritte zu berichten haben.

Aus der Arbeit der R.G.O.

Neuer Lohnraub in der Papierindustrie

Papier-Proteten organisiert den Gegenstoß!

Der Arbeitgeberverband für die mitteldeutsche Papierindustrie hat den Lohnraub, der eine Kaufpause bis zum 30. Juni dieses Jahres hatte, sicherem Vernehmen nach, am 1. Juni nicht gekündigt. Der Abbruch des jetzt gültigen Lohnrabattes erfolgte in den ersten Kanaritäten dieses Jahres und brachte den Proteten einen direkten Lohnraub in Höhe von 4 bis 5 Prozent, dem ein indirekter Lohnraub in den mannigfaltigsten Formen vorausgegangen war. Wie aus einem geheimen Rundschreiben des Arbeitgeberverbandes ersichtlich ist, planen die Unternehmer, durch die Einführung der 40-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich, durch den Abbau der Arbeiter und Beamten dieses Mal wieder zum indirekten Lohnraub überzugehen, ohne den Lohnraub selbst zu kündigen.

Das ist eine abgekartete Sache. Dahinter steht die sozialfaschistische Gewerkschaftsbürokratie, der der führende Angriffstreik der RGO im Januar dieses Jahres in Erfüllung und Annahmestück noch in den Stunden liegt. Zwar brachte dieser Streik keinen direkten materiellen Erfolg, führte aber dennoch zu dem gewaltigen politischen Sieg der roten Kräfte in den Papierbetrieben bei den Betriebsratswahlen im März/April. Erzielte hat die RGO 40,8 Prozent aller abgegebenen Stimmen.

Die Unternehmer, die sich seitdem des jetzt noch gültigen Lohnrabattes im Januar dieses Jahres prozessieren erklärten, daß ein neuer Lohnraub im Juni unvermeidlich erfolgen werde, gehen zu der Verwirklichung ihrer Pläne über. Sie wählen, angelehnt an das brutale Vorgehen der Brüning-Regierung gegenüber dem sozialfaschistischen Gewerkschaftsbürokraten eine sehr vorläufige Taktik. Die Arbeiter müssen aber wissen, daß die Durchführung der 40-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich, in Verbindung mit dem Abbau und Weiterarbeit inselamt einen Abbau von mindestens 7 bis 8 März in der Woche bedeutet, der sich viel häufiger auswirkt als ein direkter Abbau des Tariflohnes um etwa 3 bis 4 Prozent.

Die Lösung der RGO ist:

Du dich keinen Pfennig Lohnraub!

Kämpfe für die Einführung der 40stündigen Arbeitswoche mit vollem Lohnausgleich! Wehre sofort die sozialfaschistischen Kampfpromaganda auf und wolle Kampfmittelungen auf der Grundlage der breiten Einheitsfronttätigkeit! Wehre gleichfalls Stellung zu dem am 28. Juni in Halle stattfindenden Delegiertenkongress aller mitteldeutschen Papierbetriebe und wolle aus allen Betrieben massenhaft Delegierte! Der offene Massenstreik gegen den Lohnraubpläne bedeutet das habe Scheitern der schändlichen Absichten der sozialfaschistischen Gewerkschaftsbürokratie und der Unternehmer, dem die Auslösung des Streiks folgen muß. Kein Tag ohne Massenmobilisierung. Note Betriebsräte vor die Front!

Mit Hilfe der Sozialfaschisten geharegelt

Kampfs, verleidet eure roten Betriebsräte!

U. A. Die letzte Arbeiterbesetzung auf Grube Golpa, Bitterfelder Heuer, nahm zu kritischen Entlassung des Betriebsrates mitglieder Genossen Kohnmann Stellung. In der Sitzung war auch der, der Belegschaft tatfam bestimmte Bonze, Rube, Berlin, zugegen. Die reformistischen Betriebsräte brauchen ihn jedesmal. Ohne ihn können sie keinen Schritt unternehmen. Wäre nicht eine groß angelegte Hetzrede gegen den Genossen Kohnmann. Aus der sollte hervorgehen, daß die Entlassung Kohnmanns vollkommen gerechtfertigt ist. Die roten Betriebsräte traten dem Bonzen ganz energisch entgegen. Er bekam Dinge zu hören, die ihm bis dato noch niemand sagte. Da brachte er der Bonze fertig, zu erklären, daß sich die roten Betriebsräte hüten sollten, weil sonst sehr bald der Betriebsrat zu einer neuen Entlassung Stellung zu nehmen hätte. Weisheit hätte er sich zu beschließen mit der Entlassung eines gewissen Weidensteilers (damit war gemeint, der an die Stelle des Genossen Kohnmann nachgerückte rote Betriebsrat! Der Bert.).

Offener, brutaler haben die Werksleiter noch das nicht gesprochen. Die Belegschaft mag daraus erkennen, daß sie ständig verraten und verkauft ist, wenn sie ihr Handeln noch von solchen Leuten abhängig macht. Der Genosse Kohnmann wird selbstverständlich noch dem Arbeitseinsatz flagen, obwohl die reformistischen Betriebsräte unter der Beistimmung des Rube keinen Einspruch abgeben. Es ist klar, daß die helle und nachdrückliche Mahnung gegen die Umgehung der roten Betriebsräte der Streik ist. Die Belegschaft von Grube Golpa ist bis jetzt diesen Schritt noch nicht gegangen. In Zukunft muß sie das unbedingt tun, denn ein roter Betriebsrat, ein Funktionär der RGO nach dem anderen wird mit Hilfe sozialfaschistischer Demagogen auf die Straße fliegen.

Dem Genossen Kohnmann hat man übrigens auch sofort die Wohnung gekündigt. Mit Gilboten stellte man ihm am 3. Juni ein Schreiben zu, aus dem hervorgeht, daß er am 8. Juni seine Wohnung zu räumen hätte. Das brutale Vorgehen der Direktion ist noch nicht einmal gekündigt zu halten, denn das Streikverbot des Genossen gegen die Gilboten ist noch gar nicht abgelaufen. Außerdem hätten Sozialfaschisten auch noch dafür gesorgt, daß Kohnmann sechs Wochen lang seine Erwerbslosigkeitsunterstützung erhält.

Kampfs von Grube Golpa, rüht zum Kampf, schalt harte Betriebsgruppen der RGO, durchzucht die neuen Kampfpäne der Unternehmer, durchstreift den Bonzenerrat, kämpft bis zur ungünstigen Beilegung der Arbeiterkräfte.

Neue Gehaltsraubwelle

Kündigung der Angeheltentaris in Berliner Einzelhandel

Der Arbeitgeberverband für den Einzelhandel Berlins hat, wie das „Berliner Tageblatt“ meldet, den Gehaltsraub für die Angestellten zum 30. Juni gekündigt. Ein 6-Prozentiger Gehaltsraub wurde von den Arbeitgebern bereits zu Beginn dieses Jahres durchgeführt. Wenn auch noch keine Forderungen der Arbeiter bekannt geworden sind, ist man doch, wie das genannte Blatt berichtet, in Angeheltentaris der Arbeiter, daß die Tarifwahlen in einer beschleunigten Gehaltsveränderung ihrer Kräfte hat. Von dem Lohnraub würden etwa 50 000 bis 60 000 Angestellte betroffen werden.

Rechnet man dazu die durch die neue Notverordnung zur Durchführung kommende Kräfteverteilung, in ergibt sich erst in vollem Umfang die Bedeutung dieses neuen Gehaltsraubs an den Angestellten.

RGO im Angriff

Kampfsignale an der Ruhr

Die Bonzen opfern den 7-Stunden-Tag zugunsten der englischen Kapitalisten — Bergarbeiter, legt heißt es auf der ganzen Linie mobilmachen, macht Gruben und Schächte freier!

Vom Hauptvorstand des Einheitsverbandes der Bergarbeiter Deutschlands wird uns geschrieben:

Wie die „Bergwerktagezeitung“ zu berichten weiß, finden die Parteiverhandlungen über den für den Ruhrbergbau zum 30. Juni gekündigten Lohnraub in der Zeit vom 25. bis 29. Juni und die Verhandlungen vor dem Schlichter am 29. Juni statt!

Diese Maßnahme der „Bergwerktagezeitung“ kennzeichnet die Taktik der Unternehmer und der reformistischen und kirchlichen Gewerkschaftsbürokratie, die sie für den unter ihnen bereits vereinbarten Lohnraub einzuschlagen gedenken. Zeit steht, daß sich die vereinbarten Lohnräuber über die Höhe des durchzuführenden Lohnraubes einig sind. Daher auch das Hinusschieben der Parteiverhandlungen hin, der Schlichterverhandlungen bis Ende Juni, um die Bergarbeiter besser überzumpeln zu können.

Tatsache ist, daß durch die gesteigerte Streikfähigkeit im Ruhrbergbau sowie in den übrigen Bergbauerebenen Deutschlands unter Führung des Einheitsverbandes, Gewerkschaften sowie die verarbeitende Gewerkschaftsbürokratie gewonnen sind, neue Manöver zu machen.

Damit im Zusammenhang steht auch das Komödientenspiel, das sich internationaler Arbeitstagen nennt. In der Interkommmission wird gemäß den Vorschlägen des Internationalen Arbeitsamtes die Arbeitszeit im Kohlenbergbau auf 7 1/2 Stunden unter Tage festzusetzen, beschließen.

Diese minimale Verkürzung der Arbeitszeit bringt den Bergarbeitern zwar einen weiteren Lohnraub, aber jedoch die Arbeitszeit zu verkürzen, denn die im Abkommen festgelegten Leberstunden machen die viertelstündige Verkürzung der Arbeitszeit illusorisch, ja sie ermöglichen den Arbeitgebern, die Arbeitszeit über 8 Stunden hinaus auszuweiden.

Wenn die Gewerkschaftsbürokraten dafür gekniffen haben, so liegt das in der Linie ihrer Spinnwebförderung nach der 40-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich. Sie werden jetzt diese Forderung fallen lassen, da sie sich nunmehr hinter die Beschlässe der internationalen Arbeitstagen zurückziehen können.

Die gemeinsame Zustimmung von Belegschaftsvertretern und Gewerkschaftsbürokraten entspricht der Forderung der Brüning-Regierung gegenüber England. Nach dem englischen Arbeitszeitgesetz hätte in England ab 8. Juli die Arbeitszeit auf 7 1/2 Stunden herabgesetzt werden müssen. Durch die Annahme der 7 1/2stündigen

Schichtzeit in der Kohlenkommission der internationalen Arbeitstagen wird die Arbeitszeit in England nicht herabgesetzt, sondern vielmehr, dem Wunsch der englischen Kapitalisten und ihrer Labour-Regierung entsprochen.

Es ist ein politisches Entgegenkommen der Brüning-Regierung, um bei den Verhandlungen in Chequers ein Entgegenkommen seitens England zu finden.

Um der Krediten willen für die kapitalistische Wirtschaft verkauft die Hofmann und Ambusch-Bürokratie die deutschen Bergarbeiter an das internationale Grubenkapital. Von ihrer Forderung nach der Sechsstundenwoche und der 40-Stunden-Woche ist nichts übrig geblieben als Schall und Rauch. Sie haben sich als Schlepenträger der internationalen Kapitalisten erneut entlarvt.

Die deutschen Grubenkapitalisten, sowohl als auch die Hofmann-Ambusch-Bürokratie erwarten, daß die Brüning-Regierung durch ihre Notverordnung den Kapitalisten die Möglichkeit für weiteren Lohnraub verschafft.

Der Beschluß im Hauptauschuß des preussischen Landtages auf eine ständige Gehalts des Tariflohnes und die Forderung der Nordwestunternehmer in ihrem Geschäftsbericht, die lautet: „es würde für den Augenblick die glückliche Lösung sein, sämtliche Tarifverträge von Geleches wegen einen Vorbehalt zu geben, dergestalt, daß die einzelnen Betriebe durch Vereinbarung mit ihren Belegschaften die Tarifhöhe um einen gewissen Prozentsatz unterbrechen dürfen“, beweisen, daß die Schwerkünfte sich auf den betrieblichen Lohnraub konzentrieren ist.

Hierbei werden ihnen die reformistischen und kirchlichen Gewerkschaftsbürokraten und ihre Betriebsräte beihilflich sein.

Der Einheitsverband der Bergarbeiter stellt dem verräterischen Treiben der Gewerkschaftsbürokraten in Geß die Kampfsignale der Sechsstundenwoche mit vollem Lohnausgleich als erste Etappe der Sechstundenwoche entgegen. Die deutschen Bergarbeiter haben nichts gemein mit den deutschen Kapitalisten. Sie opfern auch nicht die Sechsstundenwoche zugunsten der englischen Grubenkapitalisten, sondern sie werden in Gemeinschaft mit den englischen Bergarbeitern und den Arbeitern der übrigen Bergbauerebenen Kämpfen internationaler revolutionärer Führung der Sechsstundenwoche entgegen. Die Bergarbeiter in allen Bergbauerebenen werden das Leberzumpelnsmaschiner der Unternehmer und ihrer Rateten mit verstärkter Streikfähigkeit antworten.

Sturmwoche Industriegruppe Bau

Bauarbeiter zum roten Verband

Jeder muß ein Werber sein, alle hinein in die Kampffront — Auf zur großen Werberhebung: Bauen des Fünfjahrplans

Vom 7. bis 15. Juni läuft die Sturmwoche des Einheitsverbandes für das Baugewerbe. Jetzt gilt es, in Halle den letzten Bauarbeiter für den Einheitsverband zu gewinnen. Seit seinem viermonatigen Verbleiben hat der rote Verband in Halle vermisst, Hunderte von Bauarbeitern zu erfassen. Neue Hunderte müssen gewonnen werden.

Jedes Mitglied des Verbandes wird während der Sturmwoche ein roter Werber an der Baustelle und im Wohngebiet tätig sein. Die Stärke des roten Verbandes der Bauarbeiter ist für unseren Erfolg entscheidend, in den vor uns liegenden Auseinandersetzungen zwischen der Bauarbeiterheit und dem Unternehmertum.

Der Bundesvorstand des BVB hat bereits Verbindungen mit dem Arbeitsministerium aufgenommen zur Einführung der 40-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich. Diese Tatsache ist kein Wort vom vollen Lohnausgleich gefallen. Diese Tatsache ist ein weiteres Zeichen, daß die Bürokratie des BVB auf diesem Wege, nachdem bereits ein gehpropagierter Lohnraub durchgeführt ist, eine weitere Senkung des Lohnes der Bauarbeiter plant, um die bankrotte Wirtschaft des kapitalistischen Staates zu lancieren. Dem gegenüber führen wir den Kampf für die 40-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Wenn die Bürokraten des BVB und des Unternehmertum glauben, die Bauarbeiter vor die Tatsache der 40-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich stellen zu können, werden sie sich irren. Die Bauarbeiter werden geschlossen den Kampf aufnehmen für ihre Forderungen.

Die Sturmwoche des Einheitsverbandes für das Baugewerbe ist eine Kampfwoche, in der sich die Bauarbeiter für den roten Verband entscheiden müssen.

Der BVB ist die Organisation des Streikbundes, des Lohnraubs, des Wirtschaftstreibens, der Erhaltung des Kapitalismus. Und der Industrieverband der Kaiser und Schumacher hängt am Kampfe des BVB. Seine Politik untergeordnet sich wenig von der der Reformisten. Sein Ziel Einheitsverband der Bauarbeiter, aus den Kämpfen der Bauarbeiter geboren, ist die Organisation des unerschütterlichen Arbeiterkampfes, der den Kampf für die Forderungen der Bauarbeiter richtiger führt. Die Fronten sind klar: auf der einen Seiteerrat und Niedertracht, auf der anderen Seite unerschütterlicher Kampfwille.

Bauarbeiter, entscheide dich: Bauarbeiter, entscheide dich: Heraus aus dem BVB und dem Industrieverband! Hinein in den Einheitsverband für das Baugewerbe!

Während der Sturmwoche des roten Einheitsverbandes werden die Werber des Verbandes an jeden Bauarbeiter herantreten. Jeder halbenbemerkte Bauarbeiter muß in der Sturmwoche seinen Übertritt in den Einheitsverband vollziehen.

Am Freitag, dem 12. Juni, findet in Halle im „Gesellschaftshaus“ eine große öffentliche Werberveranstaltung des Einheitsverbandes statt, verbunden mit einem Lichtbildvortrag des Architekten, Genossen Martin Knaube:

„Meine Studienreise durch Sowjetland, Bauen des Fünfjahrplans.“

Der Genosse Knaube schildert in diesem Vortrag seine Er-

gebnisse in der UdSSR und das Baucellen im sozialistischen Staate im Gegensatz zum kapitalistischen Deutschland.

Bauarbeiter, erhebt in Massen zu dieser öffentlichen Werberhebung. Die Werberwoche des BVB soll dazu führen, den roten Einheitsverband zur unerschütterlichen Massen- und Kampforganisation der halbenbemerkten Bauarbeiterheit von Halle und dem Saalkreis zu machen.

Bornwärer, Bauarbeiter von Halle und Saalkreis, hinein in den BVB!

2,5 Mill. Defizit im Buchdruckerverband

Beitragserschöpfung und Unterhaltungsabbau / Die Pläne der Buchdrucker- und Unterhaltungsabbau / Ausdrucker, autormot darauf mit der Stärkung der RGO

Die sozialfaschistische Bürokratie des Buchdruckerverbandes ist gezwungen, zuzugeben, daß durch ihre arbeitgeberfeindliche Politik die Finanzen des Verbandes völlig zerrüttet sind. So hat sich allein im Verlauf des letzten Jahres ein Defizit von 2 1/2 Millionen herausgebildet, und in der letzten Nummer des „Korrespondent“ rechnet ein Wirtschaftskritiker nach, daß, wenn die finanzpolitische Entwicklung so weiter geht, sehr bald ein Defizit von 5 Millionen entsteht und darüber hinaus der Verband überhaupt pleite sein würde.

Die Bürokratie stellt nunmehr demagogisch die Frage: Beitragserschöpfung oder Unterhaltungsabbau? Durch einen handlichen Appell an das Solidaritätsgefühl, mit dem Hinweis auf die gesteigerten Unterhaltungsanforderungen wird sie die von ihr geplante Beitragserschöpfung erreichen. Vorzüglich verwerflich die Bürokratie aber noch, daß sie letzten Endes beides will: die Beitragserschöpfung als auch den Abbau der Unterhaltungen.

Nach der „Roten Fahne“ würde die Beitragserschöpfung den höchsten Verbandsbeitrag in Berlin auf 5,50 Mark pro Woche stellen und der niedrige Beitrag für die glatten Tarifhöhe würde 3,70 Mark betragen. Gleichgültig aber hat man eine Beschränkung der Unterhaltung an Ausgittere auf höchstens 30 Wochen betriebl. In gleicher Art eröffnet man im „Korrespondent“ ein Zrommelfeuer, um die Mitgliedschaft ideologisch müde zu machen und auf die Beitragserschöpfung zu gewinnen. Die Buchdrucker dürfen sich durch diese Zeitungsoffensive nicht irremachen lassen. Gemäß sind wir, die revolutionäre Gewerkschaftsopposition, für eine Stärkung der Kampfheit der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterheit. Aber gegenüber diesen sozialfaschistischen Fährten, die eine Politik der bedingungslosen Auslieferung der Arbeiter an das Kapital treiben, eine Politik, die durch die Beschlässe des Leipziger Parteitages noch eine weitere Verschärfung erfahren wird, gilt das alte Wort: Keinen Pfennig mehr diesem System! — Ablehnung jeder Beitragserschöpfung!

Die revolutionäre Arbeiterheit wird ihre Kampfmittel häufen, indem sie im Zeichen des Sturmplanes der RGO eine Werberhebung für die RGO durchführt. In der Zusammenkunft mit den übrigen revolutionären Massenorganisationen wird sie die Solidaritätsfront errichten, die die Grundlage für die Massenkämpfe der Arbeiterheit bildet, die den Verrat der sozialfaschistischen Betriebsräte jenseitig macht und an der sich das Ausbrennen der Bilanz ausweisen soll.

